

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Infectionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. **Frankfurt a. M. Nationalversammlung, Antworten auf Interpellationen, die Grundrechte. *Frankfurt a. M. Der deutsche Kaiser. Die österreichischen Abgeordneten. Abg. Hergenhahn. 2 Frankfurt a. M. Die Verlegung der Nationalversammlung. Berlepsch. — Der Ausschuss für die österreichischen Angelegenheiten. Reichscommissar Bauer. — Hr. Duchtig. — Das Wahlgesez für das Volkshaus. — Abgeordneter Benedey. — Die deutsche Flotte. O Dresden. Vaterlandsverein. Landtag. Die Garnison. Die Press- und politischen Prozesse. O Leipzig. Verordnung in Betreff der Forterhebung der Steuern Wahlen. O Leipzig. Vaterlandsverein. *Leipzig. Feuer. München. Hr. v. Abel. Prof. Dr. Harleß. — Fehr. v. Glosen. Heidelberg. Das Hofgericht. Zwangsanleihe. Kassel. Urtheil. Schleswig. Die dänische Regierung. Aßen. — Die Friedensbedingungen. — Major Busse in Lauenburg. — Die Festung Luxemburg. 3 Altenburg. Die Landschaft. Braunschweig. Die Eröffnung des Landtags. Schwerin. Die Stände, die Prügelstrafe. Wiesbaden. Hr. Hergenhahn. Hamburg. Die constituirende Versammlung.

Preußen. Berlin. Hr. Robbertus. Die Wahlversammlungen. Hr. v. Bonin. — Das Ablösungsgesez. — Erläuterung in Betreff des Wortes selbständig. — Verbot. — Die H. H. Waldeck und Bornemann. — Dr. Jonas. — Die Stadtverordneten in Berlin. *Von der preussischen Weser. Die Demokraten. Die Verfassung. Magdeburg. Der Magistrat. Düsseldorf. Hr. Wesendonck. Die Deputation nach Berlin. — Hr. v. Spiegel. Hr. v. Drigalski. — Verbotene Fackelzüge. — Berichtigung.

Oesterreich. *Arensier. Der Reichstag. Δ Wien. Der Krieg in Ungarn. Das Verhältnis zu Deutschland. Ministerveränderung. Der Belagerungszustand. Urtheil. — Armeebulletins über den Krieg in Ungarn. Wien. Die Nachrichten aus Ungarn. — Der Oesterreichische Correspondent über Oesterreich, Deutschland und den Erzherzog Johann. — R Prag. Die frankfurter Unterhandlungen mit Oesterreich. Die Deputation an den Kaiser nach Olmütz. Kaiser Ferdinand. Erzherzog Stephan. Die Junivorfälle. Die Beamten und ihre Theilnahme an politischen Vereinen. Bolzano.

Ankündigungen.

Deutschland.

**Frankfurt a. M., 19. Dec. Die heutige Sitzung der deutschen Nationalversammlung eröffnete der Justizminister Mohl mit Beantwortung mehrerer Interpellationen. In Betreff der Untersuchung gegen die Abgg. Schlöffel, Simon aus Trier und Zih erklärte er, daß aller Wahrscheinlichkeit nach noch in diesem Monat das Erkenntnis des peinlichen Verhöramts erfolgen werde. Das österreichische Ministerium hatte bekanntlich beim Reichstag erklärt, daß ihm von dem Reichsgeseze vom 30. Sept., den Schutz der Mitglieder der Nationalversammlung betreffend, gar keine officielle Kenntniz zugekommen sei. Hieraus erwidert nun heute der Justizminister: wie alle Exemplare des Reichsgesezblattes, so sei auch die Nr. 2, welche jenes Gesez enthält, dem österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt in 100 Exemplaren zur schleunigen Vertheilung an die österreichischen Provinzialbehörden zugestellt worden, wie dessen Bescheinigung (die der Justizminister vorlas) nachweise. Bei der damaligen Desorganisation der österreichischen Regierung und der Unregelmäßigkeit des Postenlaufes könne freilich die Sendung möglicherweise vergeblich gewesen sein. Ueber die Blum'sche Angelegenheit (worüber Abg. Dietrich aus Annaberg interpellirte) ist eine Schlusserklärung des österreichischen Gesamtministeriums an die Reichscommission gelangt; das Reichsministerium wird sie alsbald nach Empfang der Nationalversammlung vorlegen, bis dahin aber weitere Erörterungen unterlassen. Hinsichtlich der Ausnahmemaßregeln der österreichischen Regierung endlich (Interpellation vom Abg. Schoder) liegt eine Erklärung dieser Regierung vor, wonach sie jene Maßregeln nur mit Widerwillen ergriffen hat und sie so bald wie möglich wieder aufheben wird; für jetzt seien sie zur Herstellung der Ordnung noch nothwendig. Das Reichsministerium hält beim gegenwärtigen Stande der österreichischen Frage jede Detailerörterung für überflüssig und gefährlich, und glaubt, daß bei Berathung der Hauptfrage alles Andere sich erledigen werde.

Die Versammlung ging hierauf zu den Grundrechten über, konnte aber, obgleich keine Berathung stattfand, theils der verwickelten Fragestellung, theils der vielen Abstimmungen durch Stimmzettel oder Namensaufruf wegen, nur von §. 30 bis 34 gelangen. §. 30 wurde unverändert angenommen. Zu §. 31 wurde als erster Satz auf Antrag

der Minorität die in der ersten Lesung angenommene Bestimmung: „Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgeseze zu vermitteln,“ mit 237 gegen 189 Stimmen angenommen. §. 32 ging unverändert durch. Bei §. 33 wurden Verbesserungs- und Zusatzanträge von den Abgg. M. Mohl, Engel, Leopold u. A. verworfen (darunter mit 262 gegen 164 Stimmen die unentgeltliche Aufhebung aller Zwangs- und Bannrechte) der Paragraph unverändert angenommen. Bei §. 34 fielen das Minoritätsgutachten sowie die Anträge der Abgg. Schoder, Mayer aus Ottobauern, Engel, Förster, v. Keden, Marek u. A. in Betreff der Ablösung und des Ablösungsmaßstabs, und der Paragraph wurde in der beantragten Fassung angenommen. Die von der Minorität des Ausschusses beantragte Beibehaltung des frühern Beschlusses: „Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Rente oder Leistung belastet werden“ (als §. 35), wurde mit 232 gegen 221 Stimmen angenommen, ein Antrag des Abg. Höfen, die Bergbaulasten betreffend, aber abgelehnt. *) Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

*Frankfurt a. M., 19. Dec. Im Verfassungsausschusse der deutschen Nationalversammlung haben sich jetzt, wie verlautet, 20 Stimmen gegen 8 wider den Vorschlag erklärt, daß ein deutscher Kaiser (ob erblich oder nicht erblich) an die Spitze des deutschen Reichs gestellt werden solle. Man versichert, daß die Majorität im Verfassungsausschusse jetzt mehr und mehr zu einer Trias hinneige; doch könnte hier, hinsichtlich des numerischen Verhältnisses des Directoriums, noch eine Aenderung der Ansicht der Majorität des Ausschusses eintreten. — Der aus conservativen österreichischen Abgeordneten bestehende Club unter dem Vorsitze des Hrn. v. Schmerling hat gestern abermals einige Verstärkung erhalten, sodas die Zahl seiner Mitglieder sich nun auf 70 beläuft. Es ist diese Fraction bereits zu dem Entschlusse gelangt, in der deutsch-österreichischen Frage eine entschiedene Opposition gegen das Ministerium Gagern zu machen. Es ist zu diesem Behuf eine enge Coalition zwischen dieser Partei und der Linken vereinbart. Sie wird den Mittelpunkt bilden, um welchen sich die gesammte Opposition in dieser Angelegenheit scharen wird. Die Opposition dürfte voraussichtlich eine Größe erreichen, der gegenüber das Ministerium Gagern den schwierigsten Stand haben würde und sich wol nicht behaupten könnte. Bestimmte Bestandtheile der Opposition gegen das Ministerium Gagern in der deutsch-österreichischen Frage sind bereits folgende: der Schmerling'sche Club (70 Stimmen), die gesammte Linke (110—115), der Jürgens'sche Club (20), der ebenfalls aus dem Casinoclub, dem eigentlichen Stützpunkte Gagern's, ausgeschieden, und der sogenannte ultramontane Club (etwa 20), sodas schon 220—225 Stimmen gegen die gestern eingebrachte Vorlage des Reichsministeriums gesichert wären; und diese Zahl wird voraussichtlich noch weitere Verstärkung erhalten. — Der Abg. Hergenhahn, einer der beiden Reichscommissare in Berlin, welcher in Frankfurt wieder eingetroffen, ist dem Vernehmen nach zur Ersetzung des Hrn. v. Würth als Unterstaatssecretair im Reichsministerium des Innern designirt.

*) Die in dieser Sitzung angenommenen Paragraphen der Grundrechte lauten nun: (Art. VIII.) §. 30: Das Eigenthum ist unverleßlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesezes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Das geistige Eigenthum soll durch die Reichsgesezgebung geschützt werden. §. 31. Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgeseze zu vermitteln. §. 32. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf. §. 33. Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben; 2) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbands fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen. §. 34. Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar; ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesezgebung der einzelnen Staaten überlassen. Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden.

064-66] erkehr im ung aus- gen unter eser Fäl- für nicht rage von Bestellung Hartl. erschienen ben: te. er. Mit er. In 20 Ngr. mach einem ke suchen, Geschichten Grabe an, macht, daß, mit gro- [4131] sche ndlung ricianum, Atlanten, iche Aus- etet. un. in n: nger. ren. [4130] e Fonds in kann. Die ausgebreit- Besonders. Amme- te restante [4127-28] nand dtschland Mittheilung ab um An- emm. chten. rnst Leon- nder in ne in Noth- Böhmel in er in Frei- Rochly ein in Schleis- ellschmidt er Gottfried sfarrer Ernst

Frankfurt a. M., 19. Dec. Der herzogl. sächsische Minister Frhr. v. Stein ist von Gotha hier angelangt, um die Verlegung der deutschen Nationalversammlung nach Gotha zu befürworten und zu vermitteln. Bei den politischen Conjunctionen, die in Frankreich zu Tage treten, dürfte allerdings unsere Stadt mehr oder weniger gefährdet sein. Man hat darum Erfurt oder Gotha, im Herzen von Deutschland, zum Sitz der Nationalversammlung in Vorschlag gebracht. Zur Empfehlung Erfurts ist der Abg. Graf Keller vorzugsweise thätig, indem er die Größe und den militairischen Schutz der befestigten Stadt in den Vordergrund stellt. Für Gotha wird dagegen der Minister v. Stein, der die Koryphäen der Reichsversammlung zur Localbesichtigung nach Gotha einladen will, die stattlichen Räume im Schlosse Friedenstein, die Ruhe der Stadt, in der kein gefährliches Proletariat vorherrscht, die politische Unabhängigkeit, die ein kleines Fürstenthum den Beratungen sichert, und dergleichen Vortheile geltend machen. — Wie man erzählt, sollen briefliche Nachrichten hier eingegangen sein, nach denen der Demokratenhäuptling Berlepsch aus Erfurt wohlbehalten in Frankreich angelangt sei. Nach den blutigen Austritten in Erfurt soll er sich noch mehre Tage in der Stadt verborgen gehalten haben, ehe er entkommen konnte.

Frankfurt a. M., 19. Dec. In den Ausschuss für die österreichischen Angelegenheiten sind vorläufig die Abgg. Kirchgessner, Max Simon und Rheinwald gewählt worden. — Der Reichscommissar Bauer ist von Wien hierher zurückgekehrt. (Lith. Nachr.)

— Die Parlaments-Correspondenz schreibt aus **Frankfurt a. M.** vom 18. Dec.: An die Verhandlung vom 16. Dec. über die Vorlage des Handelsministers, die commerzielle Einigung Deutschlands betreffend, haben sich Vermuthungen geknüpft, als ob Reichsminister Duda sich zu der Freihandelspartei geschlagen habe. Auch hört man da und dort die seltsame Ansicht, als spreche der von Abgeordneten der norddeutschen Handelsstädte herausgegebene Entwurf eines Zolltarifs die Ansichten des Reichshandelsministeriums aus. Die gänzliche Unrichtigkeit dieser Ansichten können wir aus der besten Quelle versichern; das Reichshandelsministerium steht nach wie vor auf dem Standpunkte praktischer Vermittelung der Extreme, den es festhalten wird. Wir legen großen Werth auf die Verbreitung dieser Berichtigung, weil jene irrigen Ansichten, wie wir hören, große Beunruhigung in Süddeutschland hervorrufen, deren Anwachsen zu verhindern in der Pflicht eines Jeden liegt, der die Handelseinigung Deutschlands als eine unserer größten Aufgaben erkennt.

— Das Wahlgesez für die künftige II. Kammer, oder das sogenannte Volkshaus des deutschen Reichs lautet im Entwurf: Gesez über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause. §. 1. Wähler ist jeder selbständige, unbescholtene Deutsche, welcher 1) das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat; 2) in dem vom Geseze ihm angewiesenen Wahlbezirke zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz hat. Er darf jedoch nur an einem Orte wählen. §. 2. Als nicht selbständig, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen, oder über deren Vermögen Concurse oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Concurses oder Fallitverfahrens; 2) Diensthoten; 3) Gewerbegehülfen; 4) Diejenigen, welche für Tagelohn, Wochenlohn oder Monatslohn arbeiten; 5) Diejenigen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergehenden Jahre bezogen haben; 6) Diejenigen, welche eine Einkommensteuer, wo eine solche Steuer schon besteht oder noch eingeführt werden wird, zu entrichten nicht verbunden sind, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre nicht bezahlt haben, oder, wo eine solche Steuer noch nicht besteht, ein jährliches Einkommen von 300 fl. nicht haben. §. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen erachtet werden: 1) Diejenigen, welche durch rechtskräftiges Erkenntnis wegen Diebstahls, Betrugs oder Unterschlagung zu einer Zuchthaus-, Arbeitshaus-, Festungsarbeitsstrafe, oder zum Verluste der bürgerlichen Ehre oder Rechten, oder zur Stellung unter polizeiliche Aufsicht, und zwar während der Dauer der letztern, verurtheilt worden sind; 2) Diejenigen, welche durch rechtskräftiges Erkenntnis überführt worden sind, bei den Wahlen Stimmen erkaufte, ihre Stimmen verkauft, oder in mehr als einer Wahlversammlung bei der für einen oder den nämlichen Zweck bestimmten Wahl, ihre Stimmen abgegeben zu haben. §. 4. Das Recht zum Wählen ruht bei den Kriegern, welche im activen Dienste stehen, mit Ausnahme der Unteroffiziere und Offiziere. §. 5. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder selbständige unbescholtene (§§. 2 und 3) Deutsche, welcher 1) in einem deutschen Staate das Staatsbürgerrecht besitzt; 2) das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat. §. 6. In jedem Einzelstaate sind Wahlbezirke von 100,000 Seelen der wirklichen Bevölkerung zu bilden. Dieselben werden zum Zwecke des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt, in welchen für den ganzen Wahlbezirk ein Abgeordneter zum Volkshause zu wählen ist. §. 7. Ergibt sich bei der Bildung der Wahlbezirke ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist für diese ein besonderer Wahlbezirk zu bilden, welcher einen Abgeordneten zu wählen hat. §. 8. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen haben einen Abgeordneten zu wählen. Die Stadt Lübeck soll diesen gleichgestellt werden. §. 9. Die Staaten, welche keine Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen haben, werden zum Zwecke der Wahl der Abgeordneten mit andern kleinern oder größern Staaten nach Maßgabe der Reichsmatrikel zusam-

mengelegt und haben in dieser Vereinigung Wahlbezirke zu bilden. §. 10. Die Wahl erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit aller in einem Wahlbezirke abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. §. 11. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen. §. 12. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimmen mündlich zu Protokoll abgegeben werden. §. 13. Staatsdiener bedürfen zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl keiner Genehmigung ihrer Vorgesetzten. §. 14. Die Wahlbezirke und Bezirke, die Wahldirectoren und das Wahlverfahren, insoweit dasselbe nicht durch das gegenwärtige Gesez festgestellt worden ist, werden von den Regierungen der Einzelstaaten angeordnet.

— Die Worte, welche Abg. Benedey in der Sitzung der deutschen Nationalversammlung am 18. Dec. (Nr. 356) nach dem Vortrage des Reichsministers H. v. Gagern sprach und die so stürmisches Bravo auf der linken Seite des Hauses hervorriefen, lauteten nach dem Stenographischen Berichte: Meine Herren! Ich trage darauf an, daß dieser Antrag direct von uns, augenblicklich und ohne Verhandlung verworfen werde. (Bravo auf der Linken.) Wir sind hierher gekommen, meine Herren, um Deutschlands Einheit zu constituiren, und man schlägt uns hier vor, einen Theil Deutschlands aus Deutschland hinauszumerfen. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen auf der Linken.) An dem Tage, wo wir diesen Antrag auch nur verhandeln, verhandeln wir eine Theilung Deutschlands. Die deutsche Nation, meine Herren, hat schon genug gelitten, jetzt endlich ist sie aufgestanden und hat uns hierher geschickt, Deutschland zu constituiren, und man will uns einen Theil Deutschlands feil machen. Ich bin hierher gekommen in die Paulskirche, fest entschlossen, mit der Paulskirche zu stehen oder zu fallen. Aber nicht einen Augenblick länger will ich hier sitzen, wenn Oesterreich nicht dabei ist. (Stürmisches Bravo auf der linken Seite des Hauses.)

0 Dresden, 20. Dec. Gestern war eine Hauptversammlung des Vaterlandsvereins, die abermals in den Räumen der königl. Reitbahn stattfand. Erster Gegenstand der Tagesordnung waren Mittheilungen des Dr. Herz über die Wahlangelegenheit, bei der derselbe im Allgemeinen bemerkte, die Sache der Vaterlandsvereine werde den Sieg davontragen. Was aber die sechs Wahlbezirke des Justizamts Dresden anlangt, so habe der hiesige Vaterlandsverein in der Stadt in fünf Bezirken seine Candidaten durchgesezt. Doch nur die Wahlen des Dr. Herz, des Stadtraths Klette und des Oberlieutenants Müller sind jetzt schon gewiß, dagegen muß man noch abwarten, ob nicht etwa in Betreff der Advocaten Blöde und Kell das platte Land eine wesentliche Veränderung in dem Stimmenverhältnisse hervorbringen werde. Am meisten Interesse erregten die Wahlen für den 71. Bezirk (Neustadt), weil hier zum ersten Mal ein Offizier im activen Dienst als Bewerber auftrat und eine Majorität von mindestens 3000 Stimmen erhalten hat. Im 75. Bezirke standen sich die Obmänner der Vaterlandsvereine und des Deutschen Vereins gegenüber, und man glaubte um so weniger, daß Dr. Herz, der Obmann des Vaterlandsvereins, reussiren werde, da sein Gegencandidat, Kaufmann Methe, sich einer großen Popularität erfreut. Obmann Dr. Herz theilte nächst dem die wichtigsten Beschlüsse der am 2. Dec. zu Leipzig abgehaltenen Generalversammlung der Vaterlandsvereine mit, und es erregte hierbei insbesondere die Nachricht von der angebahnten Wiedervereinigung der Majoritäts- und Minoritätsvereine bei den Anwesenden eine große Freude. Hierauf bevormortete und motivirte Advocat Blöde einen vom Ausschusse vorbereiteten Protest gegen die Einsetzung eines erblichen und unverantwortlichen deutschen Reichsoberhauptes mit dem Titel „Kaiser“ und insbesondere gegen die Erwählung des Königs von Preußen zu dieser Würde. Gleichzeitig wurde beschlossen, nicht nur die sächsischen Abgeordneten in Frankfurt aufzufordern, dieser Idee kräftig entgegenzutreten, sondern auch das deutsche Volk zum Anschluß an diesen Protest dringend zu veranlassen.

In Betreff des künftigen Landtags glaubt man, daß er zu Anfang des Januar auf eine kurze Zeit behufs der Berathung und Bewilligung des Budgets zusammentreten und alsdann vertagt werden wird, da die Regierung umfangliche Gesetzentwürfe vorzubereiten hat. — Es ist stark die Rede davon, daß das hier garnisonirende Regiment vac. Prinz Max verlegt und statt dessen das Linieninfanterieregiment Prinz Albert hierher verlegt werden soll. Indessen könnte das nicht eher geschehen, als bis das mobile Contingent vollständig wieder in Sachsen eingerückt ist. Nun aber soll gestern bei dem hiesigen Ministerium die Ordre eingetroffen sein, das Contingent noch bereit zu halten, indem möglicherweise Truppenbewegungen nach Schleswig-Holstein stattfinden könnten, und wir würden demnach das uns liebgewordene Regiment Max vor der Hand noch behalten. — Vorige Woche ist an das hiesige Appellationsgericht die Weisung ergangen, sich in Preß- und politischen Sachen von nun an jedes Entschids zu enthalten, da in aller kürzester Zeit der Assisenhof constituirt werden soll. Dem Vernehmen nach wird die hiesige Militairbildungsanstalt mit ihren ausgebreiteten Räumlichkeiten dazu benützt und eingerichtet werden. Der Rödel'sche Preßproceß dürfte wol der erste sein, welcher mit Deffentlichkeit und Geschwo- renen zur Entscheidung kommt.

Leipziger
Berordn
Abgaben

Friedric
schon unse
rischen Gese
tagsabgeord
gen, wir au
zu einem or
Zusammen
Steuern un
scheinlicheit
eine Verabs
durch eine d
und des St
erleide, erad
nachfolgende
bestehende o
und 3 des
diesen betri
den bis auf
Ausführung
eigenhändig
Staatsminif
zu Dresden,
der Karl G
Robert Ho
Im 32
meister Ri
geordneten

0 Leipzi
vereins
der Krone.

tion und
auf die W
sich über d
den Vaterl
griffe auf,
die deren
Nachricht,
mer doch n
die Leipzige
den Parag
Versicherun
als nicht a
versicherte
Kaim und
Speiseanst
* Leipzi
ges Anschla
stadt aufge
beträchtlich
Straße gel
Brand ger
löschte war,
melte Com

Mün
Tafel gelat
landes, w
Gegenwart

daß es an
Rang und
wird, son
v. Abel lei
der einige
heit hier s
in Verbind
— Frhr.
unfers Ho
Olmütz zu
Heidi
Hofgerie
rung zu be
tirten Ver
sein wird.
Bedarf un
Papiergeld
durch eine
Kass
gen die ch
fentlicher
einem Mo

Kass
gen die ch
fentlicher
einem Mo

Leipzig, 21. Dec. Die heutige Leipziger Zeitung enthält folgende Verordnung, die einstweilige Forterhebung der Steuern und Abgaben nach Ablauf der in stehenden Finanzperiode betreffend.

Friedrich August, von Gottes Gnaden, König von Sachsen u. Ob-schon unsere eifrige Sorge dahin gerichtet gewesen ist, die dem proviso-rischen Gesetze vom 15. v. M. gemäß zu veranstaltenden Wahlen der Land-tagsgesetzten mit der möglichsten Beschleunigung zu Stande zu bring-en, wir auch gemeint sind, den nach Beendigung jener Wahlen alsbald zu einem ordentlichen Landtage einzuberufenden Kammern bei ihrem ersten Zusammentritt ein Gesetz wegen der auf das Jahr 1849 zu erhebenden Steuern und Abgaben vorlegen zu lassen, so ist doch mit größter Wahr-scheinlichkeit anzunehmen, daß bis vor Ablauf der in stehenden Finanzperiode eine Verabschiedung hierüber nicht zu ermöglichen sein werde. Damit nun durch eine derartige Verzögerung der regelmäßige Gang der Verwaltung und des Staatshaushalts keine nachtheilige Störung oder Unterbrechung erleide, erachten wir, auf Grund des §. 88 der Verfassungsurkunde, zu nachfolgenden Bestimmungen uns bewogen: §. 1. Sämmtliche dermalen bestehende ordentliche Staatsabgaben und Steuern, wie solche durch §. 2 und 3 des Finanzgesetzes vom 20. Jun. 1846, und so viel die vereinstän-dischen betrifft, durch spätere gesetzliche Anordnungen festgestellt sind, werden bis auf weiteres forterhoben. §. 2. Unser Finanzministerium wird mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Urkundlich haben wir dieselbe eigenhändig vollzogen und, unter der Contrasignatur unserer sämtlichen Staatsminister, mit unserm königlichen Siegel bedrucken lassen. Gegeben zu Dresden, am 18. Dec. 1848. Friedrich August. (L. S.) Dr. Alexan-der Karl Hermann Braun. Dr. Ludwig Karl Heinrich v. d. Pfordten. Robert Georgi. Martin Oberländer. August v. Buttlar.

Im 32. Wahlbezirk (Rohwein) ist der Stadtrichter und Bürger-meister Richter in Hartha mit 1087 unter 2734 Stimmen zum Ab-geordneten für die II. Kammer gewählt worden.

Leipzig, 21. Dec. In der gestrigen Sitzung des Vaterlands-vereins im Hotel de Saxe sprach Adv. Kaim zuerst über das Veto der Krone. Hr. Beyer hielt einen Vortrag über die deutsche Revolu-tion und deren Verhältnis zur Nationalität unter steter Hinweisung auf die Vergangenheit des deutschen Volks. Hr. Cramer verbreitete sich über das Ergebnis der Landtagswahlen, das fast im ganzen Lande den Vaterlandsvereinen günstig sei, und deckte dann selbst die Mis-griffe auf, die man von Seiten der Vaterlandsvereine begangen und die deren Sieg in Leipzig vereitelt hätten. Großen Beifall erregte die Nachricht, daß die Wahl des Bürgermeisters Klinger für die I. Kam-mer doch noch hier gesichert sein werde. Wie Dr. Rüder mittheilte, hat die Leipziger Lebensversicherung, bei der sich R. Blum versichert hatte, den Paragraphen ihrer Statuten, nach welchem die Ansprüche auf die Versicherungssumme im Falle der Hinrichtung des Versicherten erlöschen, als nicht anwendbar auf die Tödtung Blum's erklärt und wird die versicherte Summe auszahlen. Zum Schlusse sprachen die H. Adv. Kaim und Dr. Rüder über die projectirte Gründung einer städtischen Speiseanstalt zum Wohle der ärmern Leipziger Bevölkerung.

Leipzig, 21. Dec. Heute Morgen ¼ 4 Uhr alarmirte zweimali-ges Anschlägen von den Thürmen, das Signal einer in der innern Vor-stadt aufgegangenen Feuersbrunst, unsere Stadt. Es war das nicht beträchtliche Hintergebäude eines auf der Nordseite der Frankfurter Straße gelegenen Hauses, wo eine Chocoladenfabrik sich befand, in Brand gerathen, der auch auf dasselbe beschränkt blieb und bald ge-löscht war, sodas schon um 6½ Uhr die zum Feuerwachdienst versam-melte Communalgarde wieder abtreten konnte.

München, 18. Dec. Vorgestern war Hr. v. Abel zur königl. Tafel geladen und erschien auch bei derselben. Ich erwähne dieses Um-standes, weil möglicherweise an denselben allerlei Befürchtungen für die Gegenwart und Zukunft geknüpft werden könnten, und bemerke hierzu, daß es an unserm königlichen Hofe Sitte ist, daß jeder Fremde von Rang und Stand, der hierher kommt, zur königlichen Tafel gezogen wird, sonach bezüglich des Staatsraths im außerordentlichen Dienste v. Abel keine Ausnahme gemacht werden konnte. — Prof. Dr. Harleß, der einige Wochen hier war, hat uns wieder verlassen. Seine Anwesen-heit hier soll mit einer Wiederanstellung desselben in bairischen Diensten in Verbindung stehen und diese auch Aussicht für sich haben. (N. C.) — Frhr. v. Clouen (Nr. 354) ist dazu bestimmt, die Glückwünsche unsers Hofes zur Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph I. nach Olmütz zu überbringen. (N. C.)

Heidelberg, 18. Dec. Heute haben sich die Mitglieder unsers Hofgerichts hier versammelt, um eine Denkschrift an unsere Regie-rung zu berathen, welche gegen die in unserer zweiten Kammer projec-tirten Veränderungen in der Organisation unserer Gerichte gerichtet sein wird. — Es scheint jetzt ziemlich gewiß, daß der außerordentliche Bedarf unserer Staatskasse, an circa 6 Mill. Fl., zum Theil durch Papiergeld, zum Theil durch eine Zwangsanleihe, und sodann durch eine Vermögenssteuer beschafft werden muß. (D. C.)

Kassel, 19. Dec. Heute ist das Urtheil in der Untersuchung ge-gen die ehemalige Garde-du-Corps von dem Kriegsgericht in öf-fentlicher Sitzung verkündet worden. Lieutenant v. Vershuer I. ist zu einem Monat Festung, Rittmeister v. Baumbach zu drei Wochen Arrest,

Lieutenant v. Vershuer II. zu 14 Tagen, die Wachtmeister Stiegel zu sieben und Gärtner zu drei Wochen Arrest verurtheilt, Rittmei-ster v. Schenk ist aus der Untersuchung entlassen worden. Die Urtheile gegen die Gemeinen lauten ebenfalls theils auf Arreststrafe, theils frei-sprechend. (N. C.)

Schleswig, 13. Dec. Man erzählt sich, daß der dänische Be-vollmächtigte bei der Centralgewalt, Baron Dirckink-Holmfeldt, das bekannte Schreiben der schleswig-holsteinischen Kanzlei vom 15. Nov., durch welches die Nordschleswiger Namens der dänischen Regierung aufgefordert werden, die gemeinsame Regierung nicht anzuerkennen und an dieselbe keine Steuern zu bezahlen, desavouirt und für verfälscht erklärt habe. Sollte sich dieses bestätigen, so würde es ein neuer Be-weis der Perfidie der dänischen Regierung sein, denn während der dä-nische Bevollmächtigte in Frankfurt jenes Schreiben für verfälscht aus-gibt, erklärt in der Reichsversammlung Graf Knuth, der bisherige Chef der schleswig-holsteinischen Kanzlei, dasselbe für echt und führt zugleich die Gründe an, durch welche die dänische Regierung sich bewogen fand, dieses Schreiben zu erlassen. — Infolge Nachrichten von Alsen wird daselbst eifrig an neuen Verschanzungen gearbeitet, auch werden dort noch mehr Truppen erwartet. Zwei Dampfschiffe sind in diesen Tagen, mit mehren Transportschiffen am Schlepptau, von Sonderburg nach Kopenhagen gegangen, um von dort neue Truppen zu holen. Es heißt auf der Insel, daß die dortige Garnison auf 7000 M. gebracht werden soll. Reisende, die in diesen Tagen Alsen verließen, erzählen, daß den dortigen Soldaten ein Parolebefehl vorgelesen sein soll, in welchem den-selben bekannt gemacht wurde, der Waffenstillstand sei zu Ende und in kurzer Zeit werde der Krieg wieder beginnen. (S. C.)

— Nach einer Mittheilung aus **Flensburg** in den Wöchentlichen Gemeinnützigen Nachrichten werden die von Preußen gestellten und von England unterstützten Friedensbedingungen folgendermaßen an-gegeben: Das Herzogthum Schleswig werde in den deutschen Staaten-verband aufgenommen, constitutionell-staatliche Verbindung mit Holstein, ewige Personalunion beider Herzogthümer mit Dänemark, Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Erbprätendenten.

— Der preussische Offizier, der bis jetzt die **lauenburgischen** Trup-pen commandirte, Major Busse, hat wegen Zwistigkeit mit der neuen lauenburgischen Regierung seine Entlassung genommen. (Nat. C.)

Luxemburg, 15. Dec. Unsere Festung rüstet sich. Die Bäume auf dem Glacis und den Wällen sind ihrer Rinde beraubt worden, um in Zeit von drei Stunden die Stämme selbst alle abhauen und in die Werke bringen zu können. (Berl. C.)

Altenburg, 20. Dec. In den Sitzungen der Landschaft am 30. Nov. und 2. Dec. stellte Abg. Dölitzsch den Antrag, daß die Un-tersuchung wider den Abg. Douai ausnahmsweise öffentlich vor Ge-schworenen geführt werden solle; doch wurde darauf nicht eingegangen, da bereits eine Vorlage über Schwurgerichte an die Landschaft gelangt ist. Hierauf erklärte Minister v. Beust, daß ein Theil der Entschädi-gungsgelder für die hier einquartierten Reichstruppen jedenfalls noch vor Weihnachten ausgezahlt werde. Alsdann erstattete die Finanzdeputation Bericht über den höchsten Erlaß, die Deckung des Militäraufwandes betreffend. In diesem Erlaß wird ein Postulat von 10,372 Thlr. zur Deckung des durch den Ausmarsch des altenburger Bataillons verursach-ten außerordentlichen Aufwandes gestellt. Der Antrag der Deputation: „Die Landschaft wolle der Staatsregierung zur Deckung des durch den Ausmarsch des altenburger Bataillons verursachten außerordentlichen, theils gemachten, theils noch zu machenden Aufwandes einen je nach dem Bedürfnisse zu erhebenden Credit von 10,372 Thlr. auf die Ober-steuerklasse eröffnen,“ wurde von der Landschaft einstimmig angenommen. Weiter kam ein höchster Erlaß zum Vortrage, die Ermittlung eines reinen Einkommens zu einer Einkommensteuer betreffend. In dem be-treffenden Gesetz ist nämlich bestimmt, daß die für jede Ortschaft und Flur über das ermittelte Einkommen der dazu gehörigen Personen an-gefertigten Listen acht Tage lang öffentlich ausgelegt werden und inner-halb dieser Frist jedem Abgabepflichtigen sowie der Gemeinde des Orts die Befugniß zustehen soll, etwa übersehene abgabepflichtige Personen oder Zweifel an den eingetragenen Einkommenbeträgen zur Kenntniß der Commission zu bringen. Diese Bestimmung hat aber die Missstim-mung und Unzufriedenheit des Publicums in hohem Grad erregt, und es erklärte sich auch die Landschaft mit dem Wegfalle der fraglichen Gesetzbestimmung einverstanden. Hierauf erstattete die Finanzdeputation Bericht, den Zolltarif für das Jahr 1849 betreffend. In dem betref-fenden Rescripte heißt es: „Obwol die gegenwärtig zu Frankfurt zum Zwecke der Herstellung eines allgemeinen deutschen Zoll- und Handels-systems versammelten Bevollmächtigten der Zollvereinsstaaten zugleich den Auftrag über sich hatten, die Herausgabe eines neuen berichtig-ten Vereinszolltarifs für die mit dem Jahr 1849 beginnende neue Tarif-perioden vorzubereiten, so hat es doch bei den Meinungsverschiedenheiten, welche in Bezug auf die Anträge über Abänderungen des zeitherigen Ta-rifs bestehen, nicht gelingen wollen, vor dem Zeitpunkte, mit welchem

gesetzlicher Vorschrift zufolge eine Bekanntmachung über die Prolongation des Tarifs erscheinen muß, eine Verständigung über Modificationen desselben herbeizuführen. Dem zufolge und weil dormalen eine für ganz Deutschland gemeinschaftliche Zollgesetzgebung der Berathung in Frankfurt unterliegt, haben die Regierungen der deutschen Zollvereinsstaaten dahin Vereinbarung getroffen, daß der für die Jahre 1846—48 erlassene Zolltarif auch von Beginn des nächsten Jahres an noch bis auf weiteres gültig und in Kraft bleiben soll, wobei jedoch vorausgesetzt worden ist, daß, falls die Aussicht auf einen allgemeinen deutschen Zolltarif in der Kürze nicht in Erfüllung gehen sollte, jedenfalls im Laufe des nächsten Jahres eine vollständige Revision des Vereinszolltarifs stattfinden habe.“ Die Landschaft gab dazu ihre Zustimmung, verband aber damit das Gesuch, daß das Ministerium baldigste Aenderung oder gänzliche Aufhebung der insbesondere die ärmere Volksklasse so sehr drückenden Salzsteuer vermitteln möge. Der herzogl. Commissar erklärte indeß, daß wenig Aussicht vorhanden sei, daß diesem Gesuch Folge gegeben werde, indem der thüringische Verein hierbei aller Wahrscheinlichkeit nach nur auf die Unterstützung Braunschweigs und Kurhessens werde rechnen können. Schließlich wurde dem Abg. Dölitzsch ein mehrwöchentlicher Urlaub bewilligt, und auf dessen Antrag beschlossen, den Stellvertreter einzuberufen.

Braunschweig, 19. Dec. Heute ist unsere Ständeversammlung von dem Herzog mit folgender Thronrede eröffnet worden: „Meine Herren Abgeordneten! Bei dem Erwachen eines neuen Geistes für die Einigung Deutschlands habe ich mich demselben offen angeschlossen. Von den gemachten Verheißungen sind einige der wichtigsten bereits erfüllt. Diese Versammlung selbst ist eine neue Schöpfung jener Gesetze. Ich erwarte, daß Ihre Beschlüsse wohl erworbene Rechte und verfassungsmäßige oder gesetzlich bestehende Vorschriften gewissenhaft achten werden. Ich hoffe, Sie werden die Ihnen gestellte Aufgabe würdig lösen; nicht der Umsturz des Bestehenden, sondern dessen angemessene Umgestaltung ist der eigentliche Beruf und das wahre Bedürfnis unserer Zeit. Sie werden mich bereit finden, in diesem Sinne an mich gerichtete Anträge entgegen zu nehmen. Eine geregelte freie Entwicklung und das fortschreitende Gedeihen der Wohlfahrt Aller ist das stete Ziel meiner Bestrebungen. Bei denselben rechne ich auf Ihre kräftige Mitwirkung, zu welcher die nun beginnenden Verhandlungen Ihnen reiche Gelegenheit darbieten.“

Schwerin, 16. Dec. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten wurde ein von der Regierung vorgelegtes Gesetz wegen Abschaffung der Prügelstrafe fast einstimmig angenommen. Das Gesetz verfügt: Art. 1. Die körperliche Züchtigung darf fortan so wenig von Gerichts- und Polizei- wie von Verwaltungsbehörden der Straf- und Arbeitshäuser verfügt werden. Desgleichen berechtigt der Dienstzwang nicht zur körperlichen Züchtigung. Art. 2. An die Stelle der körperlichen Züchtigung tritt eine verhältnismäßige Geld- oder Freiheitsstrafe. In Straf-, Arbeits- und Gefangenenhäusern, in welchen eine besondere Hausordnung besteht, kommen die in dieser vorgeschriebenen sonstigen Strafmittel zur Anwendung. (B. H.)

Wiesbaden, 18. Dec. Sicherm Vernehmen nach wird unser Ministerpräsident Hergenbahn, der eine Stellung im Reichsministerium angenommen haben soll, seine nassauische Stelle niederlegen. (F. J.)

Hamburg, 18. Dec. Die heutige Sitzung der zur constituirenden Versammlung gewählten Abgeordneten, in welcher 109 Mitglieder anwesend waren, wurde auf Antrag des Abg. Wichmann, falls nicht vorher eine Rückklärung des Senats wegen der Eidesfrage erfolgen sollte, in welchem Falle das Bureau die Versammlung früher zu convociren habe, auf den 21. Dec. vertagt. Gestern war eine Versammlung der Ausgetretenen in der Tonhalle. Es ward dort ein Schreiben an Abg. Baumeister beschlossen, worin er „Präsident der zur constituirenden Versammlung erwählten Abgeordneten“ genannt und aufgefordert wird, sofort eine Sitzung zu veranstalten, um nach §. 16 des Wahlgesezes einen Eid ablegen zu lassen. Die Prüfung des Protokolls der zweiten Sitzung behalten sich die protestirenden Mitglieder für die nächste legale Versammlung vor. Auch zwei Mitglieder des Bureau, die Secretaire Schütt und Beckendorff, gehören jetzt zu den Ausgetretenen. Falls dieselben auf ihre Zuschrift keine befriedigende Antwort erhalten, werden sie sich wahrscheinlich einen Alterspräsidenten wählen und die nöthigen Schritte thun, um den Eid ablegen zu können. Hierzu müßte aber natürlich eine wirklich vollzählige constituirende Versammlung vorhanden sein. Ausgleichung, wie sie von Vielen gehofft und von den Meisten gewünscht wird, wäre möglich, falls schon in der heutigen Sitzung der Centren eine beruhigende Antwort des Rathes auf die erfolgte Eingabe des Präsidiums verlesen würde. Wir möchten es bezweifeln. Um 8 Uhr ist in der Tonhalle eine Versammlung der 80 Protestirenden. (H. Bl.)

Preußen.

Berlin, 20. Dec. Von dem Abg. Rodbertus ist eine Broschüre unter dem Titel: „Rein Verhalten in dem Conflict zwischen Krone und Volk“, erschienen. Der Verfasser erklärt in derselben, daß er erst, wenn die Nationalversammlung den von ihr am 9. Nov. gefaßten Beschluß, „daß sie keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Be-

rathungen zu ändern, sondern daß sie diese in Berlin fortsetzen werde,“ selbst wieder geändert hätte und die Entfernung der gegenwärtigen Minister vom Amt erfolgt wäre, sich an den Berathungen in Brandenburg betheiliget haben würde. Hr. Rodbertus sieht in der Octroyirung der Verfassung, insofern sie verbunden mit der Auflösung der vereinbarenden Nationalversammlung das Princip der Vereinbarung selbst antastet, die erste Revolution in Preußen. „Bis dahin war die Jungfräulichkeit Preußens im Rechte gerettet. Noch hatte Preußen den Ruhm, die gründlichsten Aenderungen seines Staatslebens lediglich im Wege des Gesetzes bewirkt zu haben, noch die Hoffnung, deren andere nur auf demselben Wege bewirken zu können. Die Mäßigung des Volkes im März war es, welche die Möglichkeit der Integrität des Gesetzes, dieses hohen Ruhmes preussischer Geschichte, gestattet hatte. Der mühsam erhaltene gesetzliche Uebergang im März war dieser Mäßigung nicht werth, denn der Ruhm Preußens, nur im Wege des Rechts und Gesetzes seine Entwicklung zu vollbringen, ist dennoch verloren gegangen; die Mäßigung des Volkes im März hat in keiner ministeriellen Mäßigung im November einen Widerhall gefunden.“ Diese aus der Broschüre citirte Stelle bezeichnet den Standpunkt, von dem aus Hr. Rodbertus und mit ihm seine politischen Freunde im November den Maßregeln der Krone gegenüber gehandelt haben. Ueber die Verfassung selbst entnehmen wir jener Schrift folgenden Ausspruch: „Die Verfassung ist octroyirt, soweit sie dem Volke sein Recht nimmt, sie ist nicht octroyirt, soweit sie ihm eins der wichtigsten Rechte geben sollte, die Bürgerschaft, sicher zu sein vor den Dienern der Executivgewalt.“ Am Schlusse der Schrift erklärt der Verfasser, daß er vor dem ganzen Lande als Wahlcandidat zu der nächsten Landesversammlung auftrete; indem er sich so einer neuen Wahl hingebe, lehre er zurück zu dem Ursprunge alles Rechts, zu dem Volke. Bei seiner Wahl werde er bemüht sein, mit allen Kräften und auf jedem gesetzlichen Wege den gegenwärtigen rechtslosen Zustand, in welchem die ministeriellen Acte das Land gestürzt, baldigst in einen der Krone und dem Volke gleich gedeihlichen Rechtszustand wieder hinüberleiten zu helfen. „Das Volk hat noch nichts von seinem rechtlichen Besitze eingebüßt; es vermag durch seine Abgeordneten nicht bloß Protest gegen die „Verfassungsurkunde“ vom 5. Dec. im Ganzen und in seinen Theilen einzulegen, es vermag auch das Verfassungswerk selbst noch auf demselben Wege abzuschließen, auf welchem die Nationalversammlung von der Revolution nur unterbrochen ward.“

Die vorbereitenden Wahlversammlungen haben zum Theil wieder eingestellt werden müssen. Es scheint nicht in der Absicht der Regierung zu liegen, den Wahlberechtigten durch Gestattung freier Zusammenkünfte die unerlässliche Vorbereitung auf den Wahlact möglich zu machen. Der General v. Wrangel besteht unerschütterlich darauf, daß in den Versammlungen politische Gegenstände nicht verhandelt würden. Ein Polizeibeamter soll zur Controlle der Versammlung stets beizubehalten. Solche Bedingungen haben denn allerdings die Veranstalter der Versammlungen nöthigen müssen, diese ganz einzustellen.

Der Oberpräsident v. Bonin hat die Unterhandlungen wegen Uebernahme des Finanzportefeuille jetzt definitiv abgebrochen, da auf die von ihm gestellte Bedingung: daß die Minister Graf Brandenburg und v. Manteuffel wegen ihrer Unpopularität zurücktreten mögen, wie unter den jetzigen Umständen leicht begreiflich nicht eingegangen werden konnte. Die Neue Preussische Zeitung nennt diese Forderung mit Recht einen Anachronismus. Nach den Ereignissen seit dem 8. Nov. kann die Berufung auf die öffentliche Meinung der preussischen Krone gegenüber in der That nur aus einem Verkennen der Zeitereignisse hervorgehen. (Lith. Nachr.)

Der Staatsanzeiger vom 21. Dec. bringt eine Verordnung vom 20. Dec. betreffend die interimistische Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien, sowie in zwei Anlagen dazu auch einen Auszug aus dem Gesetzentwurf wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben, und einen Auszug aus dem Entwurf des Ablösungsgesezes vom 19. Dec.

Der General v. Wrangel hat unterm 19. Dec. den Vertrieb der illustrierten politisch-humoristischen Zeitung: „Freie Blätter“ (Leipzig, bei Reclam) in Berlin und im Umkreise von zwei Meilen während der Dauer des Belagerungszustandes verboten und zugleich angeordnet, daß die Locale, in welchen dieses Blatt noch feilgeboten wird, sofort geschlossen werden.

Am 18. Dec. ist Hr. Waldeck in der Senatsitzung des geheimen Obertribunals erschienen, ohne sich an den einstimmigen Protest seiner Collegen (Nr. 356) zu kehren. Hr. Bornemann hat dagegen unterm 18. Dec. dem Chespräsidenten geantwortet, daß er das Collegium zu hoch und sich selbst nicht gering genug achte, um es auf einen persönlichen Conflict ankommen zu lassen, daß er sich daher bis auf weitere Mittheilung der Theilnahme an den Arbeiten des geheimen Obertribunals enthalten werde. (N. V. J.)

Am 16. Dec. ist in die Plenarversammlung des berliner Kammergerichts der erste Jude, der Auctorator Dr. Jonas, als Beam-

ter eingeführt abgeleitet.

— In der ist von den zu richtende verordneten legen, eing mit 47 geg sammlung in glauben die nachstehend der Krone v 5. Dec. zu die Unterzeic die Stadtver harung steh und es nach versammlung nachdem sie entschiedene zahl organis bis dahin ist schon jetzt, u endet sein w werden dann unsere Abstin tung vor der terschriften.)

* Von gegenwärtig n o kraten Mitte vorig Beranlassun sammlungen gemessen hef Verhaftet si tersloß (ein herdem Just gem Fuße aus Paderbe dare Bansi schen Patrio entflogen. S ein Landschu von „schurl zogen worde jetzt plötzlich es wäre dan nicht ins B den Schluß Nichts wenig Städten vie

Die B gemacht. W hoffte dies zusehen, so Alle Vaterla den König f gisch schüher

Magd Rathhausfac Stadt Magd v. Unruh verordneten Gebrauche z such von dem schien die W Der Magistr besetzen, ever

Wüsse Düsseldorfer lung gegen d an dieselbe e art nichts z Zeitungsberie sollen, um E Bekanntlich welche vor e in diesen Bl ten Verlegun tiefiger Sta Mission zur

ter eingeführt worden. Er hatte den Dienstleid zuvor in der Synagoge abgeleitet.

In der Sitzung der Berliner Stadtverordneten am 19. Dec. ist von den bei der Abstimmung am 12. Dec. über die an den König zu richtende Dankadresse (Nr. 350) in der Minorität gebliebenen Stadtverordneten folgende Erklärung mit dem Antrage, dieselbe zu den Acten zu legen, eingegangen: Die Unterzeichneten haben sich dem am 12. d. M. mit 47 gegen 44 Stimmen gefassten Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung in Bezug auf eine Adresse an Se. Maj. nicht angeschlossen und glauben diejenigen Motive ihres Votums, in denen sie Alle übereinstimmen, nachstehend auszusprechen zu müssen. Keiner von uns hat die gute Absicht der Krone verkannt, welche der plötzlichen Deroirung der Verfassung vom 5. Dec. zu Grunde gelegen hat; aber eben die Deroirung war es, welche die Unterzeichneten bewegen mußte, nicht für die Adresse zu stimmen, da die Stadtverordnetenversammlung, auf dem gesetzlichen Boden der Vereinbarung stehend, nur auf diesem Wege sie ins Leben gerufen sehen wollte, und es nach dem Dazuführen der Unterzeichneten der Stadtverordnetenversammlung angemessener war, diesen Standpunkt unverrückt festzuhalten, nachdem sie denselben früher als den übrigen bezeichnet und auf eine so entschiedene Weise kundgegeben hatte. Die Verfassung verheißt eine Anzahl organischer Gesetze und eine Revision derselben durch die Kammern; bis dahin ist die Verfassung nicht vollendet, und eine Aeußerung darüber schon jetzt, unzeitig. Erst wenn die Verfassung durch die Vereinbarung vollendet sein wird, kann dafür aus vollem Herzen gedankt werden, und wir werden dann die Ersten sein, dies mit Aufrichtigkeit und Wärme zu thun. Unsere Abstimmung ist aus der Liebe zum Vaterland und aus der Achtung vor der Stadtverordnetenversammlung entsprungen. (Folgen 40 Unterschriften.)

Don der preussischen Weser, 15. Dec. In Westfalen ist gegenwärtig ein sehr scharfes Verfahren gegen die sogenannten Demokraten eingetreten. Der westfälische Demokratencongrès, welcher Mitte vorigen Monats in Münster abgehalten wurde, scheint besonders Veranlassung dazu gegeben zu haben, außerdem Reden in Volksversammlungen, das Anfertigen von geraden Sensen und vorzüglich ungemessen heftige Placate, in denen offen zum Aufruhr aufgefodert wurde. Verhaftet sind außer vielen Andern der Justizrath Groneweg aus Gütersloh (ein Freund Küning's, der gegenwärtig in Mannheim ist), außerdem Justizcommissar Gierse in Münster und Andere. Auf flüchtigem Fuße sind Kaufmann Kempel aus Bielefeld, Referendar Köhrs aus Paderborn, Herausgeber der Westphälischen Zeitung. Die Referendare Bansi und Jacobi, Jener aus Bielefeld und Sohn eines preussischen Patrioten, Dieser aus Marienwerder, sind ebenfalls von Münster entflohen. Sie werden in den Amtsblättern steckbrieflich verfolgt. Auch ein Landschullehrer in der Nähe von Bielefeld, der in einem Briefe von „schurkischen Fürsten“ gesprochen hatte, ist zur Untersuchung gezogen worden. Es wäre gut gewesen, wenn die Gerichtsbehörden, welche jetzt plötzlich so streng werden, schon früher ihre Pflicht gethan hätten; es wäre dann das Wesen nicht so weit gediehen, und Mancher wäre nicht ins Verderben gestürzt. Uebrigens darf man aus Obigem nicht den Schluß ziehen, die Demokratie sei in Westfalen von Bedeutung. Nichts weniger als das. Fast das ganze Landvolk ist dagegen, in den Städten viele besonnene und solide Bürger.

Die Verfassung vom 5. Dec. hat bei uns den besten Eindruck gemacht. Wollte man sie aber im Sinne der Reaction verändern, und hoffte dies durch die im Februar zusammentretenden Kammern durchzusetzen, so würde ohne Zweifel neue bedenkliche Aufregung entstehen. Alle Vaterlandsfreunde müssen sich um die freisinnige Verfassung und den König scharen und beide vor Angriffen von rechts und links energisch schützen.

Magdeburg, 20. Dec. Heute hat der Magistrat verboten, den Rathhausaal zu dem Zwecke zu benutzen, daß der Abgeordnete der Stadt Magdeburg, der Präsident der aufgelösten Nationalversammlung, v. Unruh, seinen Wählern Rechenschaft ablegen könne. Die Stadtverordneten hatten beschlossen, den Magistrat um den Saal zu diesem Gebrauche zu ersuchen, und in der Voraussetzung, daß solch ein Gesuch von den Beamten der Stadt nicht abgeschlagen werden könne, erschien die Anzeige von obiger Zusammenkunft in der heutigen Zeitung. Der Magistrat hat darauf die Bürgerwehr entboten, das Rathhaus zu besetzen, eventuell zu schützen. (Mgd. Z.)

Düsseldorf, 18. Dec. Hr. Wesendonck, den die Redaction der Düsseldorfer Zeitung ersucht hatte, bei der deutschen Nationalversammlung gegen die Verhängung der Censur Beschwerde zu führen, hat auf dieselbe ein Schreiben gerichtet, in welcher er ihr rath, von Frankfurt nichts zu erwarten und vielmehr „durch diejenigen Herren, die nach Zeitungsberichten von dort (Düsseldorf) aus nach Berlin gesendet sein sollen, um Schutz — bei dem Ministerium Brandenburg einzukommen.“ Bekanntlich ist die Censur inzwischen aufgehoben. — Die Deputation, welche vor einigen Tagen nach Berlin abgegangen war, um die früher in diesen Blättern mitgetheilte Adresse in Betreff der angeblich bezweckten Verlegung der Garnison und des Sitzes der Provinzialbehörde von hiesiger Stadt dem Staatsministerium zu überbringen, ist von ihrer Mission zurückgekehrt. Die Deputation fand sämtliche Minister ge-

neigt, die in der Adresse entwickelten Motive zu den in der Stadt Düsseldorf zu Tage getretenen Erscheinungen anzuerkennen und danach ihre Entschliessungen zu fassen. (Düss. Z.) — Hr. v. Spiegel, Präsident der hiesigen Regierung, soll zur Disposition gestellt sein, oder, wie Andere sagen, er werde nach Arnberg versetzt werden, was nicht als eine Beförderung zu betrachten ist. Eine ähnliche Nachricht verbreitet sich auch über den General v. Drigalski. Die Abberufung dieses Mannes von seinem Posten werde unter den jetzigen Umständen als eine strenge Ahndung einzelner Mißgriffe über ihn verhängt. So kann es in den höhern Regionen keinen günstigen Eindruck hervorgebracht haben, daß er einen Act seiner eignen Wohlthätigkeit zwei Tage nach Erklärung des Belagerungszustandes selbst bekannt machte und die darauf bezügliche Anzeige mit „der Communist und Bürger Drigalski“ unterzeichnete (Nr. 332). (D. R.)

Die Berliner National-Zeitung berichtet gleichzeitig aus Delitzsch und Cleve, daß den nach diesen Orten zurückgekehrten Abgeordneten zur Nationalversammlung, Assessor Schülze und Dr. Arnß, Fackelzüge gebracht werden sollten, wozu jedoch die Behörden die Erlaubniß versagten; in Delitzsch aus feuerpolizeilichen Gründen, in Cleve, weil man bei der Spaltung, welche durch den Steuerverweigerungsbeschluss im Lande entstanden ist, einen solchen Fackelzug für eine Demonstration halte, welche auch hier den Zwiespalt vermehren und Unruhen hervorrufen könnte. Der Landrath v. Häften, bei dem die Veranstalter der Fackelzüge Recurs eingelegt hatten, bestätigte jedoch die polizeiliche Verfügung.

Der Preussische Staats-Anzeiger erklärt die Mittheilung, „daß es sich jetzt bei der Anklage gegen die unter dem Präsidenten v. Unruh vereinigt gebliebenen Abgeordneten zuerst um das Schicksal derjenigen Mitglieder der Versammlung handle, welche Justizbeamte und Richter sind, und namentlich an dem Steuerverweigerungsbeschlusse Theil genommen haben“ (Nr. 354), für unbegründet.

Österreich.

Kremsier, 18. Dec. Eine Reichstags-sitzung nach der andern zieht sich interesselos dahin; vielleicht, daß die nächsten erregter und erregbarer sind, die heutige war es noch nicht. Der Finanzausschuß verlas seinen Antrag wegen des Credits, und die Berathung darüber, oder die zweite Lesung, wie man es nennt, wurde auf den 21. Dec. anberaumt. Die Kammer ging gleichgültig darüber hinweg, obwohl sich die Clubs zu einem Angriff gegen einander bei dieser Debatte vorbereiten. Die Linke wird die Gelegenheit ergreifen, für den Säckel des Volkes ökonomisirend zu eifern, und auf diese Weise ihre Tendenz überzudert wieder in die Discussion zu schieben. Jetzt wagt es diese Fraction nur durch die gemäßigtesten und der Zunge am meisten sichern Mitglieder an der Debatte Theil zu nehmen, um nicht neuen Anlaß zu geben, daß eine Militärbehörde weitere Schritte und Mißtrauensvoten anbefehle. Auch Abg. Borrosch hat ein solches von seinen Committenten von der Kleinseite in Prag erhalten, und zwar 35 von 50 Wahlmännern unterschrieben es; allein der Mann bleibt fest auf seinem Sitze, sowie die andern Mitglieder auf der linken Seite, und sie haben Recht. Es wäre ein übelverstandener Ehrenpunkt, der elenden wiener reactionären Presse und solchen Mißtrauensvoten zu weichen. Der Volksfache wäre damit ein schlechter Dienst erwiesen. Wohl ist es wahr, daß sowol die republikanische als die frankfurter Partei keine Sympathien im Volke hatten, allein die eine wie die andere Tendenz sind im October bei den Barricaden geblieben. Die Mehrzahl will aus der Niederlage nur die Volksrechte und Volksfreiheiten retten, wenig sich um die Staatsform oder das Staatsgebiet kümmernd. Selbst die Nationalität sucht man ins Ge zu schieben oder ganz zu umgehen um nur ein Gesetz zu Stande zu bringen. Leider taucht in der Kammer, noch mehr aber in den Abtheilungen und Ausschüssen das Gespenst der Reaction leibhaftig auf, und die schon einmal berathenen Grundrechte gerathen unter diese Krebschere. Gewiß ist es, daß eine octroyirte Charte bei weitem freisinniger ausfiel, als diese Kammer sie geben wird, und eben deshalb ist es auch gewiß, daß wir neuerdings harten Kämpfen entgegen schreiten. Die Revolution wird, durch Windisch-Gräß's Kanonen abgewehrt, nicht mehr gegen Thron und Dynastie gerichtet sein, aber desto schärfere Waffen wird man gegen die Volksvertreter schleifen, die das Volk zertreten.

Die Grundrechte sind in den Abtheilungen und im Ausschusse berathen, und sollen ebenfalls nächster Tage zur ersten Lesung kommen; sie sind ein bedeutender Rückschritt gegen den in Wien vollendeten Entwurf. Bei sehr vielen Mitgliedern hat sich deshalb große Besorgniß eingeschlichen und sie verlieren die Hoffnung, Freisinniges zu Stande zu bringen. Das Ministerium hat liberalere Ideen als ein großer Theil der Kammer, wovon ganze Fractionen Rechte und Freiheiten den nationalen Bestrebungen zum Opfer zu bringen bereit sind. Dennoch sind die Czechen bereits in Opposition gerathen, da sie beim Cabinet die Idee der Centralisation vorherrschend glauben. Das Gemeindegesetz, wie es im Entwurf, als Privatarbeit, vorliegt, stellt an die Spitze der Kreisvertretung einen ernannten Präsidenten, der unmittelbar mit

dem Ministerium verkehrt. Dies ist eine Beseitigung der Landesbehörden und Landtage in den Provinzen, und gleichsam eine Departementaleintheilung des ganzen Reichs. Gegen eine solche Centralisirung würden die Czechen und die Polen sich mit aller Kraft erheben, und weder die Kroaten, Slawonier, Siebenbürger, Walachen und Serben wären dazu zu bringen, noch die zu erobernden Magyaren. Das Ministerium warf zwar heute wieder einen fetten Brocken hin, indem es auf die frühere Interpellation in Betreff der Stellung Dalmatiens durch den neuen Gouverneur antwortete, daß sie keineswegs verrückt noch die bisherige Selbständigkeit der Provinz erweitert werden soll; aber offen erklärt das Ministerium, „daß durch diese Ernennung des Banus Jellachich zum Gouverneur von Dalmatien dem slawischen Elemente in jener Provinz Rechnung getragen werden soll.“ Diese Antwort wurde von der Linken und vom deutschen Centrum stillschweigend angehört, von der Rechten beklatscht.

Die Geschäftsordnung wurde endlich heute zu Ende gebracht. Aber selbst hierin machte sich der reactionaire Geist der Kammer bemerkbar. So wurde dafür gekämpft, daß der Kuglung der Vorzug vor Namensaufruf bei dem Botiren zuzuerkennen sei. Vergebens sagte ein Galizier: man solle sich nicht mit seiner Meinung in die Urne verstopfen, und jeder Abgeordnete, der sich vor seinen Committenten rechtfertigen wolle, werde Protest gegen jede Abstimmung einreichen; vergebens war die Hinweisung auf eine mögliche Corruption der Kammer durch die darin sitzenden Beamten; vergebens, 180 gegen 130 stimmten für die Kuglung. Die Debatte kann also jederzeit durch die Majorität unterbrochen werden; die Abstimmung ist eine geheime. Endlich beantragte der Ausschuss gar, daß die Interpellationen 24 Stunden vorher beim Präsidium schriftlich angemeldet sein müßten; dieses habe sie dem Minister zuzustellen und in der nächsten Sitzung vorzulesen; dann müssen sie die Unterstützung von 50 Mitgliedern finden und hierauf erst werde die Begründung zugelassen. Den Ministern bleibt es freilich anheimgestellt, wann und ob sie darauf antworten wollen. Dies war denn doch ein wenig zu arg, und die Kammer verwarf diesen Antrag, der als eine Verbesserung und Erleichterung der Geschäftsordnung vorgebracht wurde. Morgen ist wieder eine Sitzung, und Ende der Woche erwartet man die Bestimmung der Ferien.

Wien, 18. Dec. Wie es von uns längst vorhergesagt ward, geht das ungarische Drama einer raschen Entwicklung entgegen, wozu freilich auch die außerordentlich günstige Witterung das Ihrige thut. Neben den schon gestern bekannt gewordenen ersten Fortschritten erfährt man heute bereits die Uebergabe von Pressburg und Tyrnau. Die allgemeine Meinung ist nun, daß wir in wenig Wochen in Pesth, d. h. in Ofen sein werden, denn nur wer Ofen (die Festung) inne hat, ist auch Meister von Pesth. Die Punkte, an welchen man einigen Aufenthalt und Widerstand erwartet, sind: Raab, das unter Wasser gesetzt werden soll, Miskolcz, wo sich ein Haupttheil der ungarischen Macht concentrirt hat, Komorn, das am stärksten besetzt ist, und Temeswar, woselbst sogar unsere Czaitisten durch Uebermacht hart bedrängt erscheinen. Die Magyaren zeigen schon überall große Entmuthigung, welche die ersten Erfolge unserer Truppen bei dem leicht zu entzündenden, aber auch leicht zu deprimirenden Charakter jenes Stammes sehr vermehren werden. Zwanzig mit Waaren beladene Wagen, welche nach Ungarn zogen, sind dem Vernehmen nach von den Truppen des Fürsten Windisch-Gräß aufgegriffen und auf dessen Befehl confiscirt, der Ertrag aber zur Vertheilung bestimmt worden. — Man glaubt, daß Graf Stadion einer Vermittelung des Zerwürfnisses mit Deutschland nachgehend, in diesem Sinne auf eine Modification der §§. 2 und 3 beim Reichstage antragen werde. Allein von der czechischen Partei erwartet man Widerstand, und hiermit stände auch das heute sehr verbreitete Gerücht einer Ministerialveränderung in Verbindung. Hierauf würde Stadion das Ministerium des Innern an Schmerling abtreten und dafür dasjenige der Finanzen übernehmen, indem die Abdankung des Ministers Kraus wiederholt und in sehr glaubwürdiger Weise versichert wird. Unwahrscheinlich ist es wol, daß Stadion die Finanzen übernehme, da dieses Departement nicht als sein Specialfach bekannt ist und der Umstand, daß sein Vater durch einige Zeit (kurz vor dem verhängnißvollen Eintritt des Grafen Wallis) die österreichischen Finanzen leitete, wol nicht in Anschlag gebracht werden kann. Dagegen nimmt man eher an, daß der höchstbefähigte Unterstaatssecretair Baron Stiff definitiv als Minister einträte, während dessen bisheriges Verhältniß zu Kraus eine ungehemmte Wirksamkeit verhindert haben soll. Die Vereinbarung unsers Belagerungszustandes mit den Versprochenheiten (das Wort gehört Kaveaux an) unsers Ministeriums erscheint mit jedem Tag als eine schwierigere Aufgabe. Presse und Theater, ja sogar die Oper befinden sich unter strenger Controle, und unwillkürlich wird man im Jahre des Heils 1848 an das Wort erinnert, welches Kaiser Franz vor vielen, vielen Jahren seiner Gemahlin bei Gelegenheit eines im Burgtheater neu aufgeführten Stückes sagte: „Komm! schauen wir geschwind an, bevor sie's verbieten!“ Es ist wahr, die Thorheit war hier groß, sehr groß, aber dafür erscheint auch die

Zwangsjacke eng, sehr eng. Wieder ist ein Schriftsteller, Aloensleben, zu 12jähriger Festungsstrafe verurtheilt worden; man hofft freilich, daß eine Amnestie, die einmal nicht ausbleiben kann, aus den Jahren Monate machen werde; allein man hofft vorerst. Freilich will die Thorheit zur Narrheit im eigentlichen Sinne eher werden als sich geben, und man soll im ganzen Ernst einer Arbeiterverschwörung auf den Grund gekommen sein, wobei die Erstürmung der Kasseien beabsichtigt worden wäre. Andere reduciren das Ganze auf den Versuch zur Kagenmusik, die durch die kategorische Erklärung des Gouverneurs Welden verhindert worden sei. — Heute ist von Kuranda's Ostdeutscher Post wieder die erste Nummer (die 33.) erschienen.

— In **Wien** sind über die Operationen gegen Ungarn folgende Kundmachungen erschienen:

Ev. Maj. berichte ich in tiefster Ehrfurcht, daß ich heute, als am 16. Dec. Vormittags, mit dem 1. Armeecorps und Reservecorps eine allgemeine Reconnoissance von Bruck a. L. und Pressenkirchen aus vorgenommen habe, in der Absicht, aus selber in das Gesecht wirklich überzugehen, wobei ich mich mit Hinblick auf die feindliche Stellung weit ausdehnen mußte. Der Gegner nahm jedoch den Kampf nicht an, sondern wich nach geringem Widerstande auf allen Punkten; nur die Ortschaften Barendorf und Neudorf wurden erst nach einer ziemlich lebhaften Kanonade besetzt. Gegen Baumern ging die Cavaleriebrigade Ottinger vor, worauf der Gegner auch dieses Dorf verließ. Er zog sich in der Richtung gegen Ungarisch-Altenburg dermaßen rasch zurück, daß das erste Corpsquartier in Kasimirhof sein wird. Als er gegen 2 Uhr Nachmittags auch Kittsee räumte, ließ Feldmarschalllieutenant Kempen auch diesen Ort mit einem Bataillon besetzen. Vom Feldmarschalllieutenant Simunich kommt mir die Meldung, daß er bereits die feindliche Pässestellung oberhalb Jablonitz am 14. Dec. angegriffen, den Gegner nach Wegnahme desselben bis Seplig über Nadabod verfolgt und bis Tyrnau zurückgedrängt habe. Der Oberstlieutenant Frischeisen berichtet, daß er am 11. Dec. ein glänzendes und siegreiches Gesecht gegen einen weit überlegenen Feind bestand, der sich unweit Budatin hinter Verhauen sehr vortheilhaft postirt hatte. Unsere Truppen entwickelten dabei ihre gewohnte Tapferkeit und sahen sich auch von den slowakischen Freiwilligen aufs beste unterstützt. Der Feind wurde gegen Sillein zurückgeworfen, wo er die Wagbrücke abbrach, somit die weitere Verfolgung hinderte. Oberstlieutenant Frischeisen kann die Ausdauer und Hingebung seiner Truppen nicht genug loben. Feldmarschalllieutenant Graf Schlick zeigt mir an, daß er am 10. Dec. unter dem Jubel des Volks in Eperies am Vormittag eingerückt ist und auch das Salzwerk und die Stadt Sobar besetzt habe. Auch auf dieser Seite hat der Feind keinen entscheidenden Widerstand geleistet. Hauptquartier Petronell, 16. Dec. 1848. Alfred Fürst Windisch-Gräß, Feldmarschall.

I. Armeebulletin vom 17. Dec. Das Armeecorps des Feldmarschalls Windisch-Gräß hat am 15. Dec. Abends 8 Uhr seine Vorrückung gegen Ungarn begonnen. Oberst v. Horvath mit beiläufig 3000 M. des wiener Besatzungscorps und dem Befehle, die äußerste rechte Flanke bildend, auf der Straße nach Dedenburg vorzugehen, begann nämlich an diesem Tage seine Aufgabe, indem er den Major Grafen Schaffgotsche mit zwei Compagnien des Oguliner Grenzregiments und zwei Escadrons des Chevaurlegers-Regiments Graf Wrba, von Ebenfurth aus über Höllein gegen Dedenburg entsendete, um ihn in seiner linken Flanke zu decken. Diese Colonne stieß am 16. Dec. früh in Volska-Broderdorf auf eine feindliche Abtheilung, welche mehre Häuser besetzt hatte und heftig daraus feuerte. Major Schaffgotsche ließ jedoch den Ort durch eine Compagnie Oguliner, unter Führung des Hauptmanns Kossanovich und einer Abtheilung Chevaurlegers, unter Oberlieutenant Moldovany stürmen, nahm ihn mit Chevaurlegern zweier feindlichen Offiziere und 26 M. (theils Husaren, theils Honved) und marschirte sodann nach Klingensbach, wo er sich bald darauf mit der Hauptcolonne vereinigte. Oberst Horvath rückte mit dem Gros seines Corps auf der wien-neustädter Straße gegen Dedenburg vor, mußte selbst in Pötsching, wo sie abgegraben war, dieselbe herstellen, entdeckte in der Höhe von Krensdorf in dem rechts gelegenen Orte Sillis ein feindliches Detachement, konnte es aber wegen seiner schnellen Flucht nicht erreichen. Nach kurzem Halt auf der Höhe von Baumgarten wurde der Marsch am 16. Dec. früh gegen Dedenburg fortgesetzt und nach Vereinigung mit der Colonne des Majors Schaffgotsche im Gesichtskreise der Stadt Dedenburg angelangt, woselbst auf den Anhöhen eine große Menschenmasse erblickt wurde. Bei näherem Anrücken zeigte es sich jedoch, daß es nur Neugierige seien, und die k. k. Truppen zogen um 11 Uhr Vormittags ohne Widerstand unter dem Jubel der Bevölkerung in die Stadt ein. Der Feind hat sich in die Gegend vor Kapuvar zurückgezogen. Feldmarschall Windisch-Gräß, welcher sein Hauptquartier am 14. Dec. in Fischament, am 15. Dec. nach Petronell verlegt hatte, machte am 16. Dec. mit dem ersten Corps und der Reserve von Bruck und Pressenkirchen aus eine Reconnoissance. Die Insurgenten wichen auf allen Punkten vor-unsere im Sturm Schritte vorrückenden Colonnen zurück, und zwar in der Richtung von Wieselburg. Das Hauptquartier des Banus war am 16. Dec. Nachts im Karmir'schen Meierhose nächst Altenburg. Er hatte die linke Flanke der Rebellen über Burndorf gegen den Neusiedlersee gedrängt. Heute wird das 2. Armeecorps (unter Feldmarschalllieutenant Wrba) über die March gehen und Neudorf angreifen, sowie auch über die Höhen nach Pressburg vorrücken, während das Hauptcorps am rechten Donauufer gegen Engeram vorgeht. In den Karpaten hat das Corps unter Feldmarschalllieutenant Schlick schon am 10. Dec. Eperies unter dem Jubel des Volks besetzt und rückte gegen Kaschau. Oberstlieutenant Frischeisen, der mit einer andern Colonne über Jablonitz vorgegangen, bestand ein glänzendes Gesecht bei Sillein. Feldmarschalllieutenant Simunich hat die feindliche Stellung bei Jablonitz forcirt und steht in der Nähe von Tyrnau.

II. Ar
kommenen t
lich die Reb
schall-Kieute
sie am 15.
zogen, bei
Abends vom
einem zweifl
Waffen, ein
der Sieger.
eingeholt we
des Feldmar
Major Lau
Kaschau vom
d. M. von d
sen Schlic
wurde. Leid
stet, unter
Zubier, Leg
Feldmarschall
Wien,
aus Ungar
im eigentlic
hiefsten. De
raucht, und
Klassen des
es nur an G
lachich war
den. Er hat
wagt und na
rischen Husa
— Ueber
schreibt der
Minister und
einstimmig g
sammlung in
und ihres M
Zustimmung
chung vor.
nich zu den
und enger zu
sten, sondern
Wunsche Wi
der ausgesch
lung in Fra
fung über D
gar es zu ze
ander zu bri
oder wie ein
bislaus dem
Oesterreich f
sammlung b
lung Oesterre
den, daß nu
und durchzuf
des übrigen
seien, der J
zuordnen. I
hen Gründer
Anspruch nim
Die Bundesar
Ungelegenhei
gen beruhend
jene in Kraft
volle Souver
dem regenerir
schaft geübt
es daher ab
Frankfurt zu
nur eine aus
den Beschlässe
wollen, kann si
lichen Erklärung
Fürsten und A
nachträglichen
selm wir sehr;
sehr geschieden
als daß die
hängern der
zur Selbstän
tressen, die
punkte sowie

II. Armeebulletin vom 18. Dec.: Nach einer soeben angekommenen telegraphischen Depesche aus Tyrnau vom 17. d. M. haben sich die Rebellen, welche bei dem Anrücken der Colonne des Feldmarschall-Lieutenants Simunich bis Szereb zurückgegangen waren, nachdem sie am 15. Dec. von Pressburg her bedeutende Verstärkungen an sich gezogen, bei Tyrnau wieder gestellt. Sie wurden am 16. d. M. um 4 Uhr Abends vom Feldmarschall-Lieutenant Simunich dort angegriffen und nach einem zweistündigen Gefechte vollkommen geschlagen. Fünf Kanonen, viele Waffen, eine Fahne, 766 Gefangene, 43 Pferde blieben in den Händen der Sieger. Der Feind zerstreute sich nach allen Richtungen, ohne mehr eingeholt werden zu können, da die Nacht hereinbrach. Das Armeecorps des Feldmarschall-Lieutenants Simunich besetzte Tyrnau und die Umgebung. Major Lauingen von Erzherzog Karl Ludwig Chevauregers berichtet aus Kaschau vom 11. d. M., daß diese stark verschanzte Stadt noch am 10. d. M. von der Avantgarde des Corps des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Schlick nach einem sehr hartnäckigen Gefechte mit Sturm genommen wurde. Leider hat dieser Sieg den Verlust mehrerer braven Offiziere gekostet, unter denen wir ganz vorzüglich jenen der Majore Contoreggio und Scudier, letzterer Corpsadjutant des Grafen Schlick, beklagen. Welden, Feldmarschall-Lieutenant, Civil- und Militairgouverneur.

Wien, 18. Dec. Zur Ergänzung der authentischen Nachrichten aus Ungarn kann als zuverlässig gemeldet werden, daß die Ungarn im eigentlichen Sinne des Wortes gestochen sind und nirgend Stand hielten. Der Fanatismus für die magyarische Sache schien sehr veräuert, und der österreichischen Partei, die besonders unter den obersten Klassen des Adels wie des Bürgerstandes viele Anhänger zählt, schien es nur an Entschiedenheit zu mangeln, um hervorzutreten. — Ban Jelachich war, wie man versichert, in großer Gefahr, gefangen zu werden. Er hatte sich bei einer Vorpostenrecognition zu weit vorgewagt und nur die Schnelligkeit seines Pferdes soll ihn vor den ungarischen Husaren gerettet haben. (*)

— Ueber Oesterreich, Deutschland und den Erzherzog Johann schreibt der Oesterreichische Correspondent: Oesterreichs Völker wie seine Minister und die verschiedenen Fractionen seines Reichstags haben fast einstimmig gegen die dictatorischen Beschlüsse der deutschen Volksversammlung in Frankfurt Protest eingelegt. Im Gefühle ihrer Macht und ihres Rechts verweigern sie den Beschlüssen jener Versammlung die Zustimmung, und behalten sich über dieselben die selbständige Beratung vor. Sie achten die völkerrechtliche Verbindung, in der Oesterreich zu den übrigen deutschen Staaten steht, und sind bereit, sie fester und enger zu schlingen und sie nicht bloß auf die Vertretung der Fürsten, sondern auch auf jene der Völker zu gründen, ja, nach dem Wunsche vieler sollte sie sogar auf alle in Oesterreich vereinten Länder ausgedehnt werden; aber sie sprechen der Mehrheit der Versammlung in Frankfurt die Machtvollkommenheit ab, ohne weitere Berufung über Oesterreich und seine innern Verhältnisse zu bestimmen oder gar es zu zerstückeln und seine Theile in ein solches Verhältniß zu einander zu bringen, wie es die abtrünnigen Magyaren sich wünschen, oder wie einst Hannover zu England und im Mittelalter unter Ladislaus dem Nachgeborenen (Posthumus) Böhmen zu Ungarn und Oesterreich sich gestellt hatte. Die Herren der frankfurter Versammlung beginnen auch allgemach sich an diese eigenthümliche Stellung Oesterreichs zu gewöhnen. Allein sie trösten sich mit dem Glauben, daß nur Oesterreich allein solche Selbstständigkeitsgedanken hegen und durchzuführen im Stande sei, und daß die Fürsten und Völker des übrigen Deutschlands verpflichtet und geneigt oder doch genöthigt seien, der Reichsversammlung und Reichsgewalt sich unbedingt unterzuordnen. Dieser Glaube beruht aber nach unserer Ansicht auf schwachen Gründen. Die gleiche Selbständigkeit, die Oesterreich für sich in Anspruch nimmt, steht auch jedem andern deutschen Bundesstaate zu. Die Bundesacte von 1815 ist noch nicht aufgehoben. Man fühlt ihre Unangemessenheit und berathet eine neue, innigere, auf andern Grundlagen beruhende Verbindung, allein bis diese zu Stande kommt, besteht jene in Kraft, und sie ist es, welche den einzelnen Bundesstaaten die volle Souverainetät verbürgt. Diese Souverainetät kann allerdings in dem regenerirten Deutschland nur von Fürsten und Volk in Gemeinschaft geübt werden. Von den einzelnen Fürsten und Völkern hängt es daher ab, ob sie dem durch die constituirende Versammlung in Frankfurt zu beratenden neuen Bunde beitreten wollen oder nicht, und nur eine ausdrückliche Verzichtleistung oder die unbedingte Erklärung, sich den Beschlüssen der Versammlung, mögen sie wie immer ausfallen, fügen zu wollen, kann sie dieses Rechts verlustig machen. Von einer solchen ausdrücklichen Erklärung oder Verzichtleistung aller nicht-österreichischen deutschen Fürsten und Völker ist nun bisher nichts bekannt geworden, und an einer nachträglichen allgemeinen Zustimmung zu den frankfurter Beschlüssen zweifeln wir sehr; denn die in Frankfurt tagenden Parteien sind von einander zu sehr geschieden und jede derselben hat einen zu starken Rückhalt im Volke, als daß die der einen Partei zufagenden Beschlüsse nicht an den Anhängern der andern gewichtige Widersacher finden sollten, und die Liebe zur Selbständigkeit, die Sucht zur Isolirung sowie die materiellen Interessen, die sich an die Existenz der verschiedenen politischen Mittelpunkte sowie des von ihnen ausgehenden Glanzes und Aufwandes knü-

pfen, sind in den einzelnen deutschen Landen und Stämmen zu tief gewurzelt und zu lebendig, als daß die gewünschte „Mediatifirung im größern Maßstabe,“ d. i. die Concentrirung aller wahren Regierungsrechte in der Centralgewalt und Centralvertretung in Frankfurt überall willfährig angenommen werden sollte. Diese deutsche Centralgewalt, über welche die Berathung in Frankfurt klüglich von einer Woche zur andern verschoben wird, setzt entweder die Schöpfung einer neuen Macht, welcher alle schon bestehenden deutschen Fürsten und freien Städte unterworfen werden, oder die Uebertragung jener Obergewalt an eine der bestehenden deutschen Regierungen voraus. Ersteres ist unausführbar, weil Preußen und die Verbündeten, welche es im Fall einer solchen Anmuthung des Aufgebens seiner Selbständigkeit finden dürfte, von dem übrigen Deutschland ohne Oesterreich nicht gewältigt werden könnten, und das Zweite wäre eben darum nur in der Form eines Aufgehens des nichtösterreichischen Deutschlands in Preußen denkbar, wogegen aber die Antipathien aller Lande am Rhein und im Süden von Deutschland sich erheben würden, und diese Antipathien dürften eben so mächtige und für die Einheit Deutschlands sogar noch bedenklichere Bundesgenossen sich erwählen, als jene sind, die für Autonomie eingestanden wären. Was die frankfurter Volksversammlung will, ist also selbst in Beziehung auf das nichtösterreichische Deutschland unausführbar, und wir dürfen daher von den Bewegungen dieses Jahres für die Wiedergestaltung Deutschlands kein anderes Ergebnis erwarten, als eine Umbildung des alten Staatenbundes, wodurch er, auf die Gleichberechtigung der Fürsten und Völker, und die durch ihn verwirklichte Einheit der deutschen Freiheit, des Rechts, des Verkehrs und der Sitte gegründet, eine feste Wehr gegen Tyrannen- und Pöbelherrschaft und ein starker Hort für die Unabhängigkeit des gesammten Mittelstandes gegenüber allen Angriffen seiner ehrgeizigen Nachbarn im Osten und Westen würde. Und in einer solchen Gestaltung Deutschlands fände auch die Stellung des Erzherzogs-Reichsverwesers ihre volle Rechtfertigung und Begründung.

R Prag, 19. Dec. Der Stand der Dinge in Frankfurt und der Gang der Unterhandlungen mit Oesterreich bezüglich des Anschlusses an Deutschland erregen in deutschen und czechischen Kreisen ungemeines Erstaunen. Die Deutschen freuen sich von ganzem Herzen und schöpfen neue Hoffnungen, daß sie von dem großen deutschen Vaterlande nicht gewaltsam losgerissen werden; die Ultraczechen toben über das Ministerium, das sich auch nur in Unterhandlungen bezüglich eines Anschlusses einläßt; die vernünftigen und gemäßigten Czechen fangen zu überlegen an, ob es denn ein gar zu fürchterliches Unglück wäre, wenn man sich entschließen könnte, mit Deutschland weiter Hand in Hand zu gehen. Schon hört man von einzelnen die Frage, welche Garantien man den Czechen für die Erhaltung ihrer Nationalität geben könne. — Die gestern gewählte Deputation an den Kaiser nach Olmütz besteht größtentheils aus Czechen, sie hat den Präsidenten ersucht, dahin zu wirken, daß sie noch am Tage ihrer Ankunft eine Audienz erhält. Ob sie auch die Mission hat, mit dem Ministerium über Einiges Rücksprache zu nehmen, ist nicht bekannt. — Der Kaiser Ferdinand hat sich noch immer nicht auf der Alt- und Neustadt sehen lassen, er lebt ruhig auf dem Pradschin, empfängt die Deputationen der Provinzen und verkehrt viel mit dem Vicepräsidenten Necsery. Man erzählt sich, daß er dem Bürgermeister Wanka, der ihm in einer Audienz die ungebührliche Forderung des Militairs bezüglich der Bürgerwehrrauptwache (Nr. 353) vorstellte, geantwortet hat: „Habt's Recht, wenn es nicht anders ist, geh' ich selbst unter die Gard', und i werde' schaun, ob sie mich mit Gewalt von der Wach' wegzagen werden.“ Solche Aeußerungen machen ihn hier noch populärer und er wird in der That von allen Klassen der Bevölkerung verehrt. Wie wir hören, hat er 1000 Fl. monatlich für die prager Armen bestimmt. — Der Erzherzog Stephan wird bald unser Gast werden und hat schon ein Palais auf sechs Jahre gemiethet, wo er als Privatmann leben will. — Bei Gelegenheit der Absendung der Deputation nach Olmütz wurde im Stadtverordnetencollegium der Antrag gestellt, vom Kaiser die Wiederaufnahme der Untersuchung wegen der Junivorfälle zu erbitten, damit die Stadt Prag vollkommen rein dastehe, allein der Antrag blieb in der Minorität.

Sehr unangenehm berührt uns ein Ministerialerlaß, der den Beamten die Theilnahme an allen politischen Vereinen verbietet. Das Associationsrecht soll ja allen Staatsbürgern gewahrt werden; soll den Beamten allein dieses Recht entzogen werden? Wie wir hören, beabsichtigen einige Beamte dagegen energisch zu protestiren. — Gestern starb hier der in Deutschland bekannte Prof. Bolzano, der wegen seiner freisinnigen Ansichten von der Professur in Prag enthoben wurde.

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

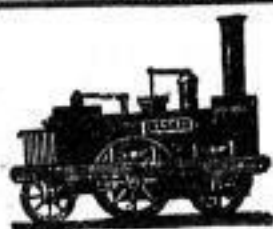
Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Notarielle Versteigerung.

Die zum Nachlasse des Herrn Postmeisters **Moltrecht** gehörigen Gegenstände an Meubles, Jagdgewehren, Kutschwagen, Schlitten, Pferden, Geschirren, Kleidern, Wäsche, Betten, Matrasen, Glas, Porzellan, Steingut, Kupfer- und Messinggeschirr, Schmiedehandwerkzeug und eisernen Geräthschaften, sollen **Mittwoch, den 27. December d. J. und folgende Tage**, Vormittag von 9 bis 12 Uhr und Nachmittag von 2 bis 4 Uhr, in dem königlichen Posthaltergebäude am Rossplatz von mir öffentlich gegen baare Zahlung in Courant versteigert werden, und sind gedruckte Kataloge bei mir unentgeltlich zu bekommen. [4142-43]
Leipzig, den 20. December 1848. **Adv. F. A. Steche**, requir. Notar.



Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Nachdem vom Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten mittels Verfügung vom 10. November d. J. die Ausschreibung der zehnten Rate des Actienkapitals der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahngesellschaft genehmigt ist, fordern wir die Herren Actionaire der genannten Gesellschaft hierdurch auf, in Gemäßheit des §. 12 des Statuts die letzten zehn Procent des Actienkapitals — nach Abzug der, 5 Thlr. 24 Sgr. pro Actie betragenden Zinsen der frühern neun Einzahlungen à 4% bis ultimo December d. J., also mit 14 Thlr. 6 Sgr. — pro Actie — in den Tagen **vom 15. bis 20. Januar 1849**

entweder bei unserer hiesigen Hauptkasse, Schifferstraße Nr. 1/2, oder bei Herrn **S. Herz** in Berlin, Dorotheenstraße Nr. 1, während der Vormittagsstunden von 9—12 Uhr einzuzahlen. Jeder Zahler hat bei der Einzahlung mit den betreffenden Quittungsbogen zwei nach den laufenden Nummern geordnete, gleichlautende und mit seiner Namensunterschrift versehene Verzeichnisse, zu welchen an den gedachten Orten, jedoch nur vor der Einzahlung selbst, Formulare in Empfang genommen werden können, einzureichen. Das eine dieser Verzeichnisse muß auf einen ganzen Bogen geschrieben sein und verbleibt bei den eingelieferten Quittungsbogen, wogegen auf dem andern deren Abgabe bescheinigt wird. Statt der eingelieferten Quittungsbogen werden acht Tage nach dem Schlußtermine gegen Rückgabe der Einlieferungsscheine, deren Ueberbringer als zur Empfangnahme berechtigt erachtet wird, die entsprechenden, über 200 Thlr. lautenden Actien nebst Dividendenscheinen auf die 10 Jahre von 1849 bis incl. 1858 an den Orten ausgegeben, wo die Einzahlungen geleistet sind. Hierbei wird zugleich bemerkt, daß, auf Grund der Dividendenscheine für das Jahr 1849 statt der Dividende die Zinsen à 4% von dem vollen Betrage der Actie auf ein Jahr, in Gemäßheit des §. 17 des Statuts, vom 2. Januar 1850 ab werden gezahlt werden.

Diejenigen Actionaire, welche binnen der festgesetzten Frist die Zahlung der ausgeschriebenen Rate nicht leisten, haben nach §. 14 des Gesellschaftsstatuts eine Conventionalstrafe von 10% dieser Rate zum Vortheil der Gesellschaftskasse verurteilt. Erfolgt auch innerhalb sechs Wochen nach einer erneuerten Aufforderung die Einzahlung der rückständigen Rate und Conventionalstrafe nicht, so ist nach demselben Paragraphen die Gesellschaft berechtigt, sämtliche bereits geleistete Zahlungen als verfallen, sowie das durch die frühern Einzahlungen und durch die ursprüngliche Zeichnung den säumigen Actionairen gegebene Anrecht auf Empfang von Actien für erloschen zu erklären, die Quittungsbogen zu annulliren, statt deren andere Actien auszufertigen und letztere zu Gunsten der Gesellschaftskasse zu verkaufen.

Magdeburg, den 19. Dec. 1848.
Directorium der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.
(Gez.) **Harte**, Vorsitzender.
[4156-58]



Kundmachung an die Herren Actionaire der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Die Herren Actionaire werden hiermit erücht, die zehnte statutenmäßige Ratenzahlung von zehn Proc. mit 25 Fl. C.-M. für jeden Interims-Partialschein zu 250 Fl. C.-M.

am 2. Januar 1849
bei der Hauptkasse der Unternehmung in **Wien**, hohe Brücke Nr. 145;
in **Pesth** bei der Filialkasse;
in **Berlin** bei den Herren **Hirschfeld & Wolff**
oder auch in **Leipzig** bei den Herren **Dufour Gebr. & Co.** [3710-12]
zu entrichten.
Den 1. November 1848. **Ungarische Central-Eisenbahn.**



Pianoforte-Fabrik von Alexander Bretschneider in Leipzig.

Die [4161]
empfiehlt sich zum bevorstehenden Weihnachtsfeste mit einer Auswahl der schönsten Pianofortes in Flügel- und Tafelform, mit deutschem und englischem Mechanismus, und verspricht neben mehrjähriger Garantie für die Instrumente, möglichst billige Preise.

Von **F. W. Brockhaus** in Leipzig ist zu beziehen:

Anleitung zum zweckmäßigen

Verhalten bei der Cholera.

Nebst Anhang: Die Heilung der Cholera nach homöopathischen Grundsätzen.
Gr. 8. Geh. 4 Ngr. [4162]

Einladung zum Abonnement auf die **Mugsburger Postzeitung**, katholisch und liberal im wahren Sinne des Wortes, feind dem Absolutismus in jeder Form. Preis halbjährlich 4 Fl. 40 Kr. Auflage 3500. Inserate die 4spaltige Pettizelle oder deren Raum 3 Kr.

Passendes Weihnachtsgeschenk.

Historische Hausbibliothek,

herausgegeben von **Professor Dr. Friedrich Bülow**.

Preis eines jeden Bandes von 25 bis 30 Bogen 8. mit Stahlstich 1 Thlr. — 1 Fl. 30 Kr. C.-M. — 1 Fl. 45 Kr. Ngr.

Leipzig, Verlag von **Carl B. Nord.**

- Erschienen sind:
1. Band. **Geschichte Friedrich's des Großen.** Von Fr. Kugler. Mit dem Portrait Friedrich's nach Schadow.
 2. Band. **Geschichte von Belgien.** Von Hendrik Conscience. Mit Stahlstich: Egmont's Tod nach de Hoy.
 3. Band. **Geschichte des Kaisers Napoleon.** Nach P. M. Laurent. Mit dem Portrait Napoleon's nach Delaroche.
 4. Band. **Geschichte des Kaisers Joseph II.** Von A. Groß-Hoffinger mit dem Portrait Joseph's.
 5. Band. **Erzherzog Karl von Oesterreich.** Von A. Groß-Hoffinger. Mit dem Portrait Karl's.
 6. Band. **Nelson und die Seekriege von 1793-1813.** Von J. de la Gravière. Mit dem Portrait Nelson's nach Abbot.
 7. Band. **Geschichte Peter's des Großen.** Von Ed. Pelz (Treumann Bely). Mit dem Portrait Peter's nach de Hoy.
 8. Band. **Johann Hus und das Concil zu Constanz.** Nach G. de Bonnechose. Mit dem Portrait von Hus.
 9. Band. **Geschichte der französischen Revolution 1789-1815.** Von F. A. Rignet. Mit dem Portrait Mirabeau's nach Raffet.
 10. Band. **Geschichte der nordamerikanischen Freistaaten.** Nach G. Willards. Mit dem Portrait Washington's von Longhi.
 11. Band. **Geschichte Dänemarks bis auf die neueste Zeit.** Von F. A. Allen. Mit dem Portrait Christian IV. Nach Karl von Mandern. [4139]

Bei **C. C. Reinhold & Söhne** in Dresden ist neu erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Leipzig bei **Fr. Fleischer**, zu erhalten:

Am Canal grande

von **Ida von Düringsfeld**, Verf. von „Schloß Socyn“.
Mit Kupfern u. allegorischem Titelblatt.
1 Band in Taschenformat broch. 1 Thlr. 6 Ngr. Eleg. geb. mit Goldschnitt 2 Thlr.
Der Verfasserin rühmlichst bekannter Name erspart uns jede Anpreisung des Buches. Sein Inhalt und seine Ausstattung machen es zur würdigen Gabe für Damen geeignet. [3702-4]

Gottfried Knaust aus Wien,

Meerschaaum- und Bernsteinwaaren-Fabrikant, empfiehlt sein Lager zur Neujahrs-Messe in großer Auswahl zu den billigsten Preisen. [4144-45]
Markt, Ste. Rudenreihe.

Gesuch. Ein mit den besten Zeugnissen versehenes Commis sucht unter bescheidenen Ansprüchen baldigst eine Stelle, und erbittet sich gütige Offerten franco **A. B. poste restante Schildau.** [4150]

(Mit einer Beilage.)

Beit
Oesterreich
gegen den
Schweiz.
Truppen
Italien.
Spanien.
Frankreich
des franz
poleon un
Großbrita
vertrag n
ceß gegen
Aegypten
Wissensch
Handel u
Ankündig
o Aus
Reichstag
haben mag
nach einem
Es ist
binand u.
(Kaisers) ...
Theile des
dern bilden
fassung hat
Gesehe regie
serthron bet
Ungarns un
willigung de
üben. . . .
gesinnten ni
ten Vertrete
men der un
Thron nur
diesem Falle
mit der Nat
auf die Ges
sch mit der
einige Majet
Dies kann
einigen Fal
vertretenden
stattfinden,
Krönung de
Einwilligung
ter der ausd
Lebenszeit f
nerlei Herrs
Nachde
des Königs
Erbfolge du
ungarische S
wesentliche
ten ist, wels
die Gesehe
in Folge de
auch in dem
zu tragen fü
lige Regieru
2. Dec. in
gen die un
hiermit der
gesellisches
tags Niema
verfügen.
Constitution
gend, im
Militairbeh
der verbund
tion treu,
folge leisten
mäßige Usur
gegen Land
Einmischung
Ihre heilige
besverpäther
Behörden u
Landesverth
ichen Regier

Uebersicht.

Oesterreich. Aus Galizien. Der Protest des ungarischen Reichstags gegen den Kaiser.
Schweiz. Basel. Die Flüchtlingsangelegenheit. — Die eidgenössischen Truppen in Tessin.
Italien. Die Ministerkrisis in Turin. Die Venetianer.
Spanien. Madrid. Der Senatspräsident. Die Montemolinisten.
Frankreich. Die Präsidentenwahl, Die Truppen in Marseille. Protest des französischen Gesandten in Konstantinopel **Paris.** Ludwig Napoleon und die Nationalversammlung.
Großbritannien. Die Prorogation des Parlaments. Der Postvertrag mit Amerika. Sir Ch. Napier's Geschwader. Dublin. Proceß gegen Duffy. Nachrichten aus Multan.
Ägypten. Alexandrien Abbas-Pascha.
Wissenschaft und Kunst.
Handel und Industrie.
Ankündigungen.

Oesterreich.

o Aus Galizien, 17. Dec. Der Beschluß des ungarischen Reichstags vom 7. Dec., welcher zu dem Gerüchte Anlaß gegeben haben mag, daß in Pesth die Republik proclamirt worden sei, lautet nach einem davon bekannt gemachten Auszuge wie folgt:

Es ist im Privatwege zur Kenntniß des Landtags gekommen, daß Ferdinand ic. (jetzt folgt der Thronwechsel und die Proclamation des neuen Kaisers) ... So wie Ungarn und die verbundenen Länder nie integrierende Theile des österreichischen Reiches waren, so sind sie es auch jetzt nicht, sondern bilden ein unabhängiges selbständiges Reich, welches seine eigne Verfassung hat und nur durch die mit Einwilligung der Nation gegebenen Gesetze regiert werden kann. ... Folglich können die den österreichischen Kaiserthron betreffenden und bloßen Familienverfügungen auf den königl. Thron Ungarns und der damit verbundenen Theile ohne die Zuziehung und Einwilligung des ungarischen Reichstags keine Wirkung, keinen Einfluß ausüben. ... Damit aber ... das Stillschweigen des Reichstags von Schlechtgesinnten nicht übel ausgelegt werde, so halten es die gesetzlich versammelten Vertreter und die Mitglieder des Oberhauses für ihre Pflicht, im Namen der ungarischen Nation feierlich zu erklären: Daß Ungarns königlicher Thron nur im Todesfalle des gesetzlich gekrönten Königs vacant wird. In diesem Falle ist Jener, den die Thronfolge unmittelbar trifft, verpflichtet, mit der Nation einen Krönungsvertrag (diploma inaugurale) zu schließen, auf die Gesetze und die Constitution des Landes den Eid zu leisten und sich mit der Krone des heil. Stephan krönen zu lassen; bis wohin er zwar einige Majestätsrechte ausüben kann, aber nur im Sinne der Gesetze. ... Dies kann indessen nur im Todesfalle des Königs geschehen, und diesen einzigen Fall ausgenommen, kann ohne die Einwilligung des die Nation vertretenden Landtags im ungarischen königl. Throne keine Veränderung stattfinden, so zwar, daß, als Franz I., Kaiser und König, wegen der Krönung des noch jetzt lebenden Königs Ferdinand V. den Landtag um Einwilligung aufforderte, dieser im Jahr 1830 seine Einwilligung nur unter der ausdrücklichen Clausel gegeben hat, daß Ferdinand V. während der Lebenszeit seines Vaters ohne die vorläufige Bewilligung der Nation keinerlei Herrscherrechte ausübe.

Nachdem also ohne die Bestimmung der Nation während des Lebens des Königs Niemand sich die königl. Rechte aneignen, noch weniger die Erbfolge durch bloße Familienverträge bestimmt werden kann; nachdem das ungarische Königthum auf einem beiderseitigen Vertrage beruht, dessen eine wesentliche Seite ist, daß nur Derjenige als gesetzlicher König zu betrachten ist, welcher mit der Nation einen Krönungsvertrag geschlossen und auf die Gesetze und die Verfassung des Landes den Eid geleistet hat, und der in Folge dessen mit der Krone des heil. Stephan gekrönt wurde; nachdem auch in dem Falle, wenn der regierende König die Sorgen der Regierung zu tragen sich schwach fühlt, die Nation das Recht hat, über die zeitweilige Regierung des Landes zu disponiren, und nachdem in Betreff der am 2. Dec. in Olmütz geschehenen Familienabdicationen und Reichsübertragungen die ungarische Nation gar nicht befragt wurde: dem zufolge erklärt hiermit der Reichstag als Ungarns und der hiermit verbundenen Länder gesetzliches Organ, daß ohne das Wissen und die Einwilligung des Landtags Niemand das Recht hat, über den Besitz des ungarischen Thrones zu verfügen. Weswegen der Reichstag, der gesetzlichen Unabhängigkeit, der Constitution und den Grundrechten der ungarischen Nation streng anhängend, im Namen der Nation beschließt und allen kirchlichen, Civil- und Militärbehörden, Beamten, Armeen und jedem Einwohner Ungarns und der verbundenen Länder befiehlt, daß sie, ihrer Pflicht gegen die Constitution treu, Niemandem, den Geset. und Reichstag nicht dazu berechtigten, Folge leisten, alle Einmischung in die Landesangelegenheiten als unrechtmäßige Usurpation betrachten und unter dem gesetzlichen Banner der Treue gegen Land und Constitution, das Vaterland von jeder Usurpation fremder Einmischung und feindlichem Angriffe zu bewahren und zu vertheidigen für ihre heilige patriotische Pflicht halten sollen. Wer anders handelt, ist Landesverrätther. Es wird verordnet, daß dieser Landtagsbeschluß sogleich allen Behörden und Armecorps mitgetheilt werde, mit welcher Ausführung der Landesvertheidigungsausschuß, als welcher vom Landtage mit der provisorischen Regierung des Landes betraut wurde, beauftragt wird. ...

Schweiz.

Basel, 17. Dec. Seit gestern befinden sich Dr. Robert Steiger und Frhr. v. Marschall, bairischer Gesandter in der Schweiz, wieder hier, wie man glaubt, zur Verhandlung über die Flüchtlingsangelegenheit. (W. Z.) — Aus Tessin berichtet der Repubblicano, daß die eidgenössischen Repräsentanten die Entlassung aller Truppen beschloffen haben, und der Repubblicano spricht die Hoffnung aus, daß mit Weihnachten alle eidgenössischen Soldaten an ihren heimathlichen Herd zurückgekehrt sein werden.

Italien.

Die Ministerkrisis in Turin ist noch bedenklicher geworden. In der Sitzung am 12. Dec. wurde das Ministerium interpellirt über die in Brüssel abzuhaltenden Vermittlungskonferenzen. Hr. Pinelli antwortete, daß die Verpflichtung Oesterreichs zu der Wahl des Unterhandlungsortes ihm als Beweis erscheine, daß dasselbe geneigt sei, auf eine Vermittlung einzugehen. Der Minister Peronne konnte aber auf die wiederholten dringenden Interpellationen der Opposition bloß antworten: er wisse gar nicht, wie es mit jener Vermittlung aussehe. Man glaubt, daß der König eine Auflösung der Kammern mit dem Ministerwechsel verbinden werde. — Die Venetianer hatten die Absicht, in Dalmatien einzufallen und dort einen Aufstand zuwege zu bringen, damit Radetzky gezwungen sei, seine Kroaten hinzuschicken. Dieser Plan fand sogar bei den Gemäßigten Anklang, weil sie hofften, den Garibaldi dort beschäftigen zu können, dessen Hilfe sie mehr fürchten als wünschen. Allein der sardinische Admiral machte ihnen bemerklich, daß man erst Ragusa, Zara und Spalatro nehmen müsse, da es dort eine gemischte Bevölkerung gebe, welche gern bereit sein würde, für österreichisches Geld auf die sardinischen Schiffe Jagd zu machen. Man hat also den Plan vorläufig aufgegeben und will Garibaldi bitten, den Augenblick des Kampfes zu Ravenna oder Forli abzuwarten. (Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, 10. Dec. Die Gaceta bringt heute die königl. Decrete, durch welche der Marquis v. Miraflores zum Präsidenten und der Fürst v. Anglona und der Herzog v. Beraguas zu Vicepräsidenten des Senats ernannt werden. — Aus Huesca schreibt man, daß der General Angles eine der zahlreichsten montemolinistischen Banden vollständig geschlagen und zerstreut, ihr viele Gefangene und eine Menge Flinten und Kriegsmunition abgenommen habe.

Frankreich.

Paris, 18. Dec.

Nach den neuesten Berichten hat Ludwig Bonaparte 5,227,368, Cavaignac 1,349,317 Stimmen. Bemerkenswerth ist, daß in den Niederalpen bis jetzt Ledru-Rollin an der Spitze der Liste steht. Die Commission der Nationalversammlung besitzt jetzt die Stimmlisten von 51 Departements, theilt aber erst das Resultat von 29 Departements mit, wonach auf Ludwig Bonaparte 2,290,028, auf Cavaignac 541,161, auf Ledru-Rollin 126,602, auf Raspail 30,051, auf Lamartine 8702 Stimmen gefallen sind. Ungefähr 10,000 Wahlzettel sind als ungenügend oder inconstitutionell vernichtet worden. Die Commission wird ihre Arbeit wol morgen oder übermorgen beendigt haben. Ueber die Einführung des neuen Präsidenten erfährt man, daß Ludwig Napoleon in einfach schwarzem Anzug und geleitet von einer Schwadron Reiterei und einer Anzahl Ordnonanzoffiziere nach dem Palaste der Nationalversammlung fahren wird, um dort den Eid auf die Verfassung zu leisten. Bei seiner Ankunft in der Versammlung wird er von einer Deputation derselben, geführt von den Quästoren und dem Präsidenten, empfangen; in dem Sitzungssaale wird keine Estrade sein, welche an den Thron erinnern könnte, von dem aus Ludwig Philipp die Eröffnungsrede zu halten pflegte. Der Präsident der Republik wird einfach die Tribune besteigen, von dort aus wahrscheinlich eine kurze Anrede halten und dann den Eid auf die Constitution leisten.

— Die früher nach Civitavecchia bestimmte Expedition, die am 12. Dec. wieder im Hafen von Marseille gelandet ist, hat Befehl, sich stets zum Abmarsch oder zum Einschiffen bereit zu erhalten.

— Aus Konstantinopel sind Depeschen vom General Lupic eingetroffen, der sich in Ermangelung aller Instructionen einem Proteste Sir Stratford Canning's gegen die von den Russen in der Walachei begangenen Uebergriffe angeschlossen hat.

Paris, 17. Dec. Was wir in unserm vorigen Schreiben (Nr. 354) andeuteten, fängt bereits an die Tagespresse zu beschäftigen. Nachdem es keinem Zweifel mehr unterliegt, daß Ludwig Napoleon die absolute Majorität davongetragen hat, drängt sich die Frage vor, welches sein Verhältnis zu einer Nationalversammlung sein wird, die ihn in keinem Falle gewählt haben würde, wenn das Resultat der Wahlen ihr die

Ernennung des Präsidenten anheimgestellt hätte. Daß hier Conflict möglich, sogar wahrscheinlich, ist gar nicht abzuläugnen, denn der Wille Frankreichs, der sich in Ludwig Napoleon personificirt, ist nicht der der Nationalversammlung, der sich im General Cavaignac personificirt hatte. Jenen Conflicten kann aber in doppelter Weise vorgebeugt werden. Entweder dadurch, daß der Präsident die Krücken, auf die er sich bisher stützte, wegwirft und sich mit Entschlossenheit dem Einfluß der Intriganten entzieht, die aus Haß gegen die Republik aus ihm ein Instrument gegen dieselbe zu machen suchten, und das wäre das Beste. Wenigstens scheint es uns das einzige Mittel zu sein, sich aufrichtige Sympathien in der Nationalversammlung zu schaffen. Kann dies aber Ludwig Bonaparte nicht, oder glaubt er es nicht zu können, dann begreifen wir nicht, wie die Nationalversammlung Anstand nehmen darf, sich aufzulösen. Wir gehörten zu denen, die die Wahl des Generals Cavaignac wünschten; da aber nun einmal die Nation ihren Willen so deutlich zu Gunsten seines Mitbewerbers ausgesprochen hat, so meinen wir, daß die Nationalversammlung einer Gewalt der Umstände weichen müsse, der Troß zu bieten sie nicht im Stande ist, ohne neue Vermittelungen hervorzurufen. Daß sie es nicht thun wird, ist gewiß. Und deshalb darf man fürchten, die Illusion, die man sich heute von der baldigen Wiederkehr des öffentlichen Vertrauens macht, werde nur eine kurze sein, besonders wenn der National unglücklicherweise Recht haben sollte, wenn er gestern behauptet, „das Votum der Nationalversammlung (die Wiedererwählung des Hrn. Marrast zum Präsidenten der Kammer betreffend) erhalte unter den gegenwärtigen Umständen eine ganz besondere Bedeutung. Welches auch die Talente des Hrn. Marrast sein mögen, denen er seine mehrmalige Ernennung zum Vorsitzenden des Parlaments verdankt, so sei doch erlaubt zu versichern, daß die Nationalversammlung bei dieser Gelegenheit eine Manifestation ihrer Principien habe machen wollen. Die Individualität der Kammer bleibt also vollkommen und vollständig in Gegenwart der neuen Lage.“ Was nichts Anderes heißt, als daß der National die Individualität der Nationalversammlung dem souverainen Willen der Nation, dessen gegenwärtiger Repräsentant Ludwig Napoleon ist, gleichsam feindlich gegenüberstellt, oder mit andern Worten, der National behauptet, die Ernennung des Hrn. Marrast sei ein Zeichen von dem Entschlusse der Nationalversammlung, auf ihrer Politik zu beharren, selbst wenn der Präsident derselben eine andere Richtung geben wolle. Dann aber sind, wir wiederholen es, Conflict nicht zu vermeiden.

Merkwürdig ist die Frontveränderung der demagogischen Partei, seitdem die Wahl des Prinzen als entschieden zu betrachten ist. So grob sie früher die Nationalversammlung tractirte, so höflich ist sie jetzt plötzlich gegen dieselbe geworden. Ihr Instinct sagt ihr, daß die Fortdauer dieser Versammlung zu Conflicten führen müsse, deshalb ermutigt sie dieselbe durch ihre Lobeserhebungen zum Festhalten an ihrer bisherigen Politik. Das ist das ganze Geheimniß. — Das Schreiben des Papstes an den General Cavaignac ist, wie so Manches in unserer Sturm- und Drangperiode, zu spät gekommen. Vor den Wahlen hätte es vielleicht dem General einige orthodoxe Früchte getragen, jetzt erscheint es nur noch als eine bloße Artigkeit ohne Consequenz. Daß es aber dem Papst Ernst ist, im Laufe des künftigen Jahres nach Frankreich zu kommen, ist nichtsdestoweniger gewiß. Ein Schreiben des Bischofs von Marseille an einen hiesigen Prälaten versichert es auf das bestimmteste.

Großbritannien.

London, 18. Dec.

In einer in Osborne abgehaltenen Geheimenrathssitzung ist beschlossen worden, das Parlament vom 19. Dec. weiter bis auf den 1. Febr. zu vertagen, an welchem Tage sich dasselbe wieder versammeln soll.

Die Zeitungen theilen heute den wesentlichen Inhalt des Postvertrags mit den Vereinigten Staaten mit, an dessen Ratification von Seiten des Präsidenten und des Senats nicht zu zweifeln ist. Das Porto für jeden Brief von einem Orte der Vereinigten Staaten nach einem Ort in den Grenzen des britischen Staats ist von nun an 1 Schill. anstatt der frühern 2 Schill. Von dieser Summe werden 1 1/2 Pence für das Landporto in England, 8 Pence für das Seeporto und 2 1/2 Pence für das Landporto in den Vereinigten Staaten gerechnet. Francaturzwang findet nicht statt.

Sir Ch. Napier's Geschwader ist endlich gestern früh von Portsmouth nach Lissabon unter Segel gegangen. Es besteht aus den Schiffen St. Vincent, Prince Regent, Powerful, Reynard und den Dampfern Plumper, Stromboli, Rifleman und Dresdes.

In Dublin begannen vorgestern die Verhandlungen in dem Prozesse gegen den schon zwei Mal vor Gericht gestellten Gavan Duffy. Der Anwalt des Angeklagten machte Einwendungen gegen die Rechtsgültigkeit der Anklageacte, da noch eine andere von dem vorigen Prozesse vorhanden sei, über welche die Geschworenen noch nicht entschieden hätten. Das Richtercollegium wird heute verkünden, ob es diesen Einwand für zulässig hält. Der Oberrichter hat den dubliner Blättern

die Veröffentlichung der Gerichtsverhandlungen vor Beendigung des Processes verboten.

Die ostindische Ueberlandpost bringt Nachrichten aus Multan bis zum 1. Nov. Etwas Entscheidendes ist noch nicht vorgefallen. Chuttur-Singh steht an den Ufern des obern Indus, und S here-Singh versucht in Gilmarshen sich mit ihm zu vereinigen. Von einem Marsche der Insurgenten auf die Hauptstadt, wie man eine Zeit lang fürchtete, ist nicht mehr die Rede. In Multan hat der Multan etwa 8000 Mann versammelt. Das ganze Insurgentenheer wird auf 33,000 angeschlagen. Dagegen werden 36,000 Mann englische und 30,000 Hülfsstruppen aufgebildet und 30,000 M. regelmäßige Truppen stehen noch als Reserve an der Grenze. General Whish ist noch in seiner alten Stellung unweit Multan, ohne vom Feinde heunruhigt zu werden. Die Verstärkungen waren noch nicht eingetroffen.

Ägypten.

Alexandrien, 8. Dec. Abbas-Pascha ist am 20. Nov. in Kahira angekommen und hat die Zügel der Regierung ergriffen. Mit einem vorigen Woche angekommenen großherlichen Dampfer von Konstantinopel ist Maslum-Bey angelangt; dieser bringt unserm neuen Vicekönig die Bestätigung in seiner Würde vom Sultan. (A. 3.)

Wissenschaft und Kunst.

* Kripzig, 21. Dec. Die Weihnachtswoche mit ihrem festgeschäftlichen Treiben ist wiedergekehrt. Sie hat uns u. A. Ausstellungen bei unserm betriebsamen und verdienten Witzbürger Felsche, in dem reichen Spiel- und Kurzwaarenlager von A. Sawsky gebracht und auch diesmal den Bazar in den ausgedehnten Räumlichkeiten der Tuchhalle wieder aufgethan, wie letzter es seit 1839 in ununterbrochener Folge der Jahre der Fall war. Es ist bekanntlich ein Verein hiesiger handel- und gewerbetreibender Bürger, welche in diesem freundlich ausgeschmückten und schön beleuchteten locale die mannichfachsten Gegenstände des Luxus und Modegeschmacks, des vergnüglichen und wirklichen Gebrauchs, in ansprechender Ordnung und für alle Lebensalter zur bequemen Ansicht für die Schaulustigen und leichter Auswahl für Kauflustige ausstellen. Auch diesmal gebricht es in dieser Hinsicht an keiner der einladenden Eigenschaften der frühern Weihnachtsbazars, dem jedoch auch ein besonderes Wahrzeichen der Gegenwart nicht fehlt, indem in einer seiner Hallen die Inschrift: Arbeiten des Vereins brotloser Arbeiter, bezeichnend an dieselbe mahnen. Den Buchhändler haben wir jedoch diesmal im Bazar vermisst mit seinem Weihnachtstisch, und hätten fast Reue, ihn hier zu vertreten. Denn sicherlich würde unter den sparsamen Neuigkeiten dieses Jahres z. B. die vortrefflich ausgestattete und mit 112 schönen Illustrationen des dänischen Künstlers Pederfen geschmückte Ausgabe von S. E. Andersen's „Gesammelte Märchen“ (Leipzig, bei C. B. Lortz), welche ganz vor kurzem erst erschienen ist und als eine für Auge und Gemüth sehr anziehende Festgabe Empfehlung verdient, ein Schmuck dieses Weihnachtstisches gewesen sein; eben so würde dort das in einigermassen verwandter zwar, jedoch wieder in ganz anderer Weise Bevorzugung verdienende „Ein Weihnachtsmärchen“ (Leipzig, J. J. Weber) mit seinem eleganten Außern und seinem uns anheimelnden Bilderinhalt (es knüpft an den theuren Knecht Ruprecht an) sicherlich nicht gefehlt haben.

Doch zu dem Bazar zurückkehrend, haben wir noch zu erinnern, daß die mehr Unterhaltung Suchenden von 6—10 Uhr Abends auch Concertmusik dort finden. Mit der Empfehlung des ganzen Unternehmens an das Weihnachtsfreuden suchende und gewährende Publicum möchten wir endlich noch den Wunsch aussprechen, der Spende zu Weihnachtsfreuden für arme Kinder nicht zu vergessen, zu deren Abgabe ganz besonders anmuthige Gelegenheit von dem Comité des Bazar vorgesehen worden ist.

Handel und Industrie.

Wiener Börse, 18. Dec. Blact. 1095; Met. 5pc. 79 1/2; 4pc. 65 1/2; 3 1/2pc. 48; 500Rt. 1. 142 1/2; 250Rt. 2. 84 1/2; Nordb. 99 1/2; Stogg. 97; Rail. 65 1/2; Livorn. 66; Pesth. 67.

Berliner Börse, 20. Dec. Preuß. Fonds und Geldsorten: Freiwil. Anl. 5pc. 99 3/4, Staatsf. 3 1/2pc. 79 1/2, Seehd. Präm. 94 1/2, Pfandbr. westpr. 3 1/2pc. 83 1/2 Br., posen. 4pc. 96 3/4, neue 3 1/2pc. 81 1/2, ostpr. 3 1/2pc. 90 3/4, pomm. 3 1/2pc. 91, kur. u. neumärk. 3 1/2pc. 91, Bankantheil. 92 3/4, Friedrichsd. 113 1/2, Louisd. 112 1/2, Diskonto 4 Proc. — Eisenbahn-Actien. Voll eingezahlte: Berg.-Märk. 59, Berl.-Anhalt. Litt. A. u. B. 84, Prior.-Act. 4pc. 86, Berl.-Hamb. 4pc. 63 1/2, Prior.-Act. 4 1/2pc. 92 1/4, 2. Em. 86, Berl.-Potsd.-Magd. 4pc. 60 1/2, Prior.-Act. 4pc. A. u. B. 83 Br. 5pc. 90 1/4 Br., Berl.-Stett. 89 1/2, Prior.-Act. 5pc. 100 1/2, Berl.-Stett. 89, Prior. 100 1/2, Köln-Mind. 4pc. 80, Prior.-Act. 4 1/2pc. 92 1/2, Krak.-Oberschl. 40 1/2 Br., Magd.-Halb. 4pc. 116 1/4, Magd.-Leipz. Prior.-Act. 92 1/2, Mecklenb. 36 Br., Niederschl. 4pc. 71, Prior.-Act. 4pc. 85, 5pc. 95 1/2, Prior. Serie III. 5pc. 91 1/2, Zweigb. 29 Br., Prior. 5pc. 76 1/2, Oberschl. Litt. A. 3 1/2pc. 93, Litt. B. 3 1/2pc. 93, Prinz Wilh. (St. B.) 4pc. 31 Br., Prior. 5pc. 77 3/4, Rhein. 53 Br., Starg. Pos. 4pc. 70, Thür. 4pc. 4pc. 84 Br., Prior. 4 1/2pc. 86. — Quittungsbogen: Berl.-Anh. Litt. A. 4pc. 84 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 41. — Ausländische Fonds: Russ.-Engl. Anl. 5pc. 102 1/2, 1. Anl. Hope 4pc. 84 Br., 2.—5. Anl. (Stiegl.) 4pc. 84 Br., Poln. Schaßobl. 4pc. 68 1/2, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 90 3/4, (neue) 4pc. 90 1/2, Part. à 500 Fl. 4pc. 71, à 300 Fl. 96 1/2, Poln. Bank-Cert. Litt. A. 300 Fl. 5pc. 81, Bank-Cert. zinsl. 13 1/2, Hess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 26 Br., Neue bad. Anl. à 35 Fl. 15 Br.

Verantwortliche Redaction: Dr. H. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Im B

G

Wahr
raume sein
aller Borg
corresponde
Sonntags
Pränu
9 Fl. 36
Sollte
mit Zuschlag
Annahof,
Man
Im se

Kovellen,
Kunst- und
Täglich
Pränu
mit Couve
Prag

Mit d
deutschen
die aus fi
und genaue
lich und o
stehenden P
Raffau, den
zollerischen
lands, fern
schließlich a
[133—35]

Co

Diese
Demokratie

aus den best

Zahlr
richten wer
Außer
Stellkräfte
Der
monatlich
Ausw
preis mit
legt werden

In dem S

Das
täglich zu ei
unter der Re
Mit tägl
halbjährlich

Das
erscheint wö
und Freitags
Mit Post
Die Mo

A n k ü n d i g u n g e n.

Im Verlage der Unterzeichneten erscheint:

[4081—831]

Constitutionelles Blatt aus Böhmen.

Redacteur: **Franz Klutschak.**

Wahrung der Errungenschaften, freie ungehinderte Entfaltung des Staats- und Volkswohls ist die Lösung dieses Blattes, das in dem kurzen Zeitraume seines Bestehens sich zu 4000 Abonnenten aufgeschwungen hat und sich durch schnelle Mittheilung alles Neuen und gründliche Besprechung aller Vorgänge auszeichnen bestrebt. Fast in allen wichtigern Städten Europas hat es stabile Berichterstatter, sodaß es zumeist auf Originalcorrespondenzen fußt. Feuilleton. Täglich mit Ausnahme des Montags eine Morgennummer, einen ganzen Bogen stark, und mit Ausnahme des Sonntags eine Nachmittagsbeilage, einen halben Bogen stark.

Pränumerationspreis: für **Prag** halbjährlich 8 Fl. C.-M., vierteljährlich 4 Fl. C.-M.; durch die **P. P. Postämter**: halbjährlich ohne Couvertgebühr 9 Fl. 36 Kr., mit Couvertgebühr 10 Fl. C.-M., vierteljährlich ohne Couvertgebühr 4 Fl. 48 Kr., mit Couvertgebühr 5 Fl. C.-M.

Sollten Postämter in andern Provinzen und Ländern sich weigern, Pränumeration anzunehmen, so wolle man das Pränumerationsgeld franco mit Zuschlag von 2 Kr. C.-M. Recepissegebühr direct an Gottlieb Haase Söhne, Expedition des Constitutionellen Blattes aus Böhmen, Prag, Altstadt, Annahof, einsenden. Insetate: 6 Kr. C.-M. pr. Petitdruckzeile.

Man bittet, dieses Blatt nicht mit der Constitutionellen Allgemeinen Zeitung aus Böhmen (Verlag von C. W. Medau) zu verwechseln. Im selben Verlage und unter gleicher Redaction erscheint die

Bohemia.

Novellen, politische Skizzen, Genrebilder, Humoresken, Tagesnotizen, Localnachrichten aus Prag und andern Orten Böhmens, Besprechungen der Kunst- und Literaturreisenergebnisse u. c. Die tüchtigsten Kräfte arbeiten an diesem Blatte mit.

Täglich mit Ausnahme Montags eine Nummer von einem halben Bogen. Nebstdem Beilagen für Insetate, 6 Kr. C.-M. pr. Raum einer Petitzeile.

Pränumerationspreis: Prag halbjährlich 2 Fl. 15 Kr. C.-M., durch die Postämter 2 Fl. 42 Kr. C.-M. ohne Couvertgebühr, 3 Fl. 6 Kr. C.-M. mit Couvertgebühr.

Prag, im December 1848.

Gottlieb Haase Söhne.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mit dem 1. Januar 1849 beginnt ein neues Halbjahr-Abonnement auf die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung**, welche das **von der deutschen Centralgewalt zur Veröffentlichung ihrer amtlichen Verkündigungen ausersehene Organ** ist, und fortfahren wird, die **aus sicherer Quelle ihr zugehenden Nachrichten** aufs schnellste mitzutheilen. Das **Frankfurter Coursblatt** und ausführliche und genaue **Berichte über den Stand der Frankfurter und der Börsen an den übrigen Haupthandelsplätzen** werden **täglich** und ohne Verzug geliefert. Die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung** und das **Conversationsblatt** zusammen werden zu nachstehenden Preisen halbjährlich abgegeben: 1) In dem Bestellbezirke von Frankfurt a. M. 5 Fl.; 2) in Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, Nassau, den sächsischen Herzogthümern und den Hansestädten 5 Fl.; 3) in Wimpfen 5 Fl. 15 Kr.; 4) in dem Königreich Württemberg, den hohenzollerischen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen 5 Fl. 30 Kr. — In der preussischen Monarchie, wie in den übrigen Staaten Norddeutschlands, ferner in Baiern und Baden kostet die Zeitung halbjährlich 6 Fl. 15 Kr., und in der österreichischen Monarchie 12 Fl. 48 Kr. C.-M., einschließlich aller Nebenspesen.

[4133—35]

Redaction der Oberpostamts-Zeitung.

Pränumerations-Einladung

auf die

Constit. Allgem. Zeitung von Böhmen,

ein Centralorgan für Politik, Tagesinteressen und sociales Leben.

Diese im großen Formate zu einem Bogen wöchentlich sechs Mal erscheinende Zeitung bewegt sich vollkommen auf dem Boden der Demokratie und dürfte namentlich zur Kenntniß der allgemeinen slavischen Zustände unentbehrlich sein, indem ein

slawischer Welt- und Zeitungs-Spiegel,

aus den besten Originalquellen geschöpft, alle im **Kreise des Slawenthums** vorkommenden wichtigen Bewegungen fortlaufend bieten wird. Zahlreiche Correspondenzen von allen einigermaßen wichtigen Punkten der Monarchie stehen uns zu Gebote. Die politischen Nachrichten werden wir mit der größten Schnelligkeit und Verlässlichkeit bieten.

Außerdem geben wir ein interessantes, größtentheils aus Original-Artikeln bestehendes **Feuilleton**, wofür vorzügliche Schriftstellerkräfte gewonnen sind.

Der Pränumerationspreis ist in loco jährlich 14 Fl. C.-M., halbjährlich 7 Fl. C.-M., vierteljährlich 3 Fl. 30 Kr. C.-M. und monatlich 1 Fl. 20 Kr. C.-M. mit dem **Prager Abendblatte** als Gratisbeilage.

Auswärtige bestellen diese Zeitung bei der ihnen zunächst gelegenen Post-Expedition, bei welcher der halbjährliche Pränumerationspreis mit 8 Fl. 24 Kr. C.-M. und der vierteljährliche Pränumerationspreis mit 4 Fl. 12 Kr. C.-M. bei täglicher Postversendung erlegt werden wolle. Prag, den 14. December 1848.

Carl Wilhelm Medau, Verleger.

Guido Polz, Redacteur.

In dem Verlage dieser Zeitung werden für das Jahr 1849 noch nachstehende Journale im Pränumerationswege herausgegeben:

Das deutsche Prager Abendblatt erscheint täglich zu einem halben Bogen in Quartformat, somit sieben Mal in der Woche, unter der Redaction des Herrn Guido Polz.

Mit täglicher Postversendung kostet dasselbe bei allen f. f. Postexpeditionen halbjährlich 2 Fl. 24 Kr. C.-M.

Das illustrierte Volksblatt für Böhmen erscheint wöchentlich vier Mal und zwar: Sonntags, Dienstags, Donnerstags und Freitags in Median-Quart. Redigirt von Herrn Guido Polz.

Mit Postversendung kostet dieses Blatt halbjährlich 1 Fl. 50 Kr. C.-M.

Die Monatschrift: **Erinnerungen an merkwürdige Ge-**

genstände und Begebenheiten verbunden mit Novellen, Humoresken, Sagen und einem zeitgemäßen Feuilleton, nebst beigelegten Portraits, Stahl-, Stein- und Holzstichen, Karten, Planen, Musikalien und Modebildern, redigirt von Guido Polz, (29ster Jahrgang) erscheint in monatlichen Heften zu 4 Bogen Median-Quart, mit 3—4 lithographirten sauber gestochenen Abbildungen und Modeblättern nebst Musikbeilage und mehreren Holzschritten, auf weißem Maschinenpapier in einem farbigen Umschlage, und kostet im Verlage jährlich 2 Fl. 24 Kr. C.-M. Mit monatlicher Postversendung halbjährlich 1 Fl. 32 Kr. C.-M.

Prag, am 14. December 1848.

C. W. Medau.

[4090—92]

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Motto: Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesez!

Mit dem **1. Januar 1849** beginnt ein neues vierteljährliches Abonnement auf diese täglich des Abends erscheinende Zeitung. Alle Postämter und Zeitungsexpeditionen des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an. Der Preis beträgt in Sachsen 2 Thlr., in Preußen 2 Thlr. 5/4 Sgr.

Inserate finden durch die Deutsche Allgemeine Zeitung die allgemeinste Verbreitung und werden für den Raum einer Zeile mit 2 Rgr. berechnet.

Leipzig, im December 1848.

F. A. Brockhaus.

In Olmütz und Kremsier erscheinend.

Österreichischer Correspondent,

und das

Reichstagsblatt

als Gratisbeilage.

Der **Österreichische Correspondent** hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens, mit einem Absatze von 4000 Exemplaren, bereits zu einem der gelesensten Journale in Oesterreich erhoben. Wir schreiben diesen glänzenden Erfolg nur der consequent durchgeführten Tendenz zu, welche dem entschiedenem, aber besonnenen Fortschritte halbtigt.

Wir werden fortwährend bemüht sein, innerhalb dieser Tendenz den politischen Gehalt des Blattes zu jener Höhe zu steigern, auf welcher die bedeutendsten Journale Oesterreichs und Deutschlands stehen, und hoffen dieses um so mehr, als mehrere der hervorragendsten Mitglieder des Reichstags uns ihre fortgesetzte Mitwirkung zugesichert haben und der Kreis unserer Correspondenten sich nun ebenfalls nicht allein über alle Provinzen der Monarchie, sondern auch der vorzüglichsten Städte Europas verbreitet hat.

Vom neuen Jahre an werden wir auch in der **äußern** Form jene Verbesserungen und Erweiterungen eintreten lassen, welche die Ansprüche an ein großes Journal befriedigen.

Den Abonnenten des Correspondenten wird das in **Kremsier** wenige Stunden nach jeder Sitzung erscheinende, fast stenographisch genaue Reichstagsblatt **gratis** gegeben. Die Pränumeration kann bei allen k. k. Postämtern, Buchhandlungen und in folgenden Expeditionen geschehen:

Olmütz, mittlere Pilsen Nr. 572.

Brünn bei Hrn. J. Drucker, Schwarzadlergasse Nr. 482.

Kremsier in der Filialbuchhandlung des Hrn. Hölzel.

Wien in der Expedition des Lloyd, Grünangergasse Nr. 850.

Der Pränumerationsbetrag ist **vierteljährlich** 3 Fl. — **halbjährlich** 6 Fl. — **ganzzjährlich** 12 Fl., wofür den Pränumeranten diese Zeitung täglich mit der Briefpost portofrei zugesendet wird. In den Expeditionen, bei welchen auch **monatliches** Abonnement angenommen wird, beträgt es für einen Monat 50 Kr. — vierteljährlich 2 Fl. 30 Kr. — halbjährlich 5 Fl. — ganzzjährlich 10 Fl. C.-M.

Auf das Reichstagsblatt allein wird **keine** Pränumeration angenommen. **Geldbriefe** erbittet man unter der Bezeichnung: „in Zeitungssachen.“

Insertionen werden für ein Mal mit 3 Kr., jedes weitere Mal mit 2 Kr. C.-M. für die dreigespaltene Petitzeile berechnet und durch die bezeichneten **Expeditionen** oder **pr. Post** erbeten. [4139-41]

Die Deutsche Zeitung

wird vom 1. Januar an regelmäßig in folgender Weise erscheinen: Das Hauptblatt wird in Frankfurt um 8 Uhr Morgens ausgegeben; im Laufe des Tages folgen der Regel nach zwei Beilagen; die eine bringt die **Parlaments-Verhandlungen** unmittelbar nach deren Schlusse, die andere ist vorzugsweise für ausführlichere Aufsätze bestimmt.

Die Theilnahme und Mitwirkung **ausgezeichneter Männer** — unter denen es uns gestattet ist die Herren **Servinus, Dahmann, Häusser, Wilhelm Bessler** und **Paul Pfizer** zu nennen — läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.

Die günstige Lage Frankfurts wird benutzt werden, um alle politischen Neuigkeiten aufs schnellste mitzutheilen. Der Preis ist für das Halbjahr **Sechs Gulden** (Drei Thaler 13 Silbergroschen), wofür auch im ganzen Verwaltungsbezirk des k. k. Thurn- und Taxis'schen Ober-Post-Amtes, welches den alleinigen Debit übernommen hat, nur mit Zuschlag der Transit-, Stempel- und Bestellgebühren, unsere Zeitung zu beziehen ist. Bestellungen bitten wir bei der nächsten Postanstalt bald zu machen, für Frankfurt auch in unserer Expedition, Buchgasse im Brönnerschen Hause. [4049-51]

Weidmann'sche Buchhandlung.

Die „Signale für die musikalische Welt“

beginnen mit dem 1. Januar 1849 ihren siebenten Jahrgang. Wöchentlich erscheint eine Nummer, Preis für den Jahrgang 2 Thaler. Alle Buch- und Musikalienhandlungen sowie alle Postämter nehmen Bestellungen an.

[4159]

Bartholf Senff in Leipzig.

Bei **Friedrich Fleischer** in Leipzig ist soeben erschienen (Preis 10 Rgr.):

Entwurf zur Bildung einer deutschen Kriegsflotte.

Von **Patrick Colquhoun.**

Eine, als von einem Engländer unter Benutzung von Mittheilungen hoher britischer Marine-offiziere verfaßt, gewiß eben so interessante als wichtige Schrift. [4146]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 22. Dec. (Bei erhöhten Preisen und mit aufgehobenem Abonnement.) Auf vielfaches Verlangen noch eine, die Abschieds-Vorstellung des **Fräuleins Lucile Grahn**, erster Solotänzerin der k. k. italienischen Oper zu London. **Der Hofmeister in tausend Nengken**, Lustspiel in 1 Act, von Th. Sell. — Hierauf: **Des Malers Traumbild**, mimisches Divertissement in 2 Acten von Berlot, Musik von Cesare Pugni. **Donna Bianca di Castilla**, Trl. **Lucile Grahn**; Lorenzo, Herr **Umbrogio**. — Hierauf: **Eigensinn**, Lustspiel in 1 Act von Robert Benedix. — Hierauf: **Die Peri**, oder: **Ein orientalisches Traumbild**, Divertissement in 1 Act, Musik von Burgmüller. Die Peri, Trl. **Lucile Grahn**; **Amet**, Herr **Umbrogio**. — Zum Schluß als Abschiedsgruß: **La tarantella napoletana**, getanzt von Trl. **Lucile Grahn**.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Lieutenant Herrmann v. Gernini di Monte Barchi in Dresden mit Gräfin Wilhelmine v. Hohenthal-Städtehn.

Geboren: Hrn. Bernhard Hermann in Leipzig ein Sohn. — Hrn. G. H. Otto in Böhlen ein Sohn.

Gestorben: Frau Concordia-Lehmann in Leipzig. — Frau Gräfin Juliane Charlotte von der Schulenburg in Düsseldorf. — Hr. Gustav Bolzrath in Chemnitz. — Hr. Oberhättenrätter und Oberhättenamtsassessor Thomas Christian Weber in Freiberg. — Frau Henriette Wiegandt in Zeitz.

Sonntag

Leipzig. D. erscheint zu beziehen Postämter de. Ausland

Deutschland

** Frank das Sagen Der Antr das Sagen rigen Mo O Leipzig. brief gegen scher des ruhe. II. der Lichno mer. Sc Verhaftun Thüringe tha. Ent landtagsst Preußen.

Preußen.

gegenen. sammlung — Deput Die neue Neisse.

Oesterrei

nisterialve tin. — I abgeordne

Handel u

Ankündig

Frank

rium der I schen Natio tung des Er

Deutschlan

secretair W Mitglieder lationsgeric Thöl von

zunächst di

gelehrten u rathung z Eine gena

lands beste

zur Erreich selben wü Theile dess

ministerium

zur Förder überzeugt, der Geseh

recht in de

nicht in al durch den in den Bu

Handelsred

würde, so handelsred selordnung dern Grün

mission au

lichkeit des Das Reich ** Fra theilungen mission fü Barth, K ter, Gistr